

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Was will Varoufakis
eigentlich?

Philipp Metzger

Wahlen in
Großbritannien

Armin Puller

Die Vereinbarkeit von
Islam und Moderne

Muna Duzdar

Budgetziel erreicht, auf die Bekämpfung
der Rekordarbeitslosigkeit vergessen

Markus Marterbauer



4,50 Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 142040222 M, Nr. 4/2015

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM

Zygmunt Ajdukiewicz

EDITORIAL

Gerade im April ist es mitunter schwierig, mediale Scherzmeldungen von realen politischen Vorschlägen zu unterscheiden. Angesichts der Bedrohung dänischer Zimtschnecken durch Cumarin-Grenzwerte der EU schien etwa die Änderung der Panier-Rezeptur für Wiener Schnitzel auf den ersten Blick möglicherweise gar nicht so absurd, wie es sich bei näherer Lektüre der »Presse«-Meldung am 1. April und den Ausführungen der darin ausführlich zitierten EU-Sprecherin, Frau Pork, ergab. Umgekehrt erweckte der jüngste Polit-Vorstoß der Wiener ÖVP zu Fragen der Wohnbaupolitik den Eindruck eines satirischen Beitrags, erwies sich schlussendlich aber doch als ernstgemeint: Auf das Problem steigender Wohnungskosten will die ÖVP mit einer Reduktion der Wohnbauförderung für Mietwohnungen reagieren. 10–20 Prozent des Fördervolumens soll in die Eigentumsförderung umgeleitet werden. Dass die von der ÖVP genannten Quadratmeter-Preise rund € 1.000,- unter den tatsächlichen Wiener Marktpreisen liegt, ist in der Konfrontation mit der Realität noch das geringste Problem. Als Vorbild ihrer Politik preisen die Stadt-Schwarzen etwa Spanien an: Dort würden 80% in Eigentumswohnungen und nur 20% in (geförderten) Mietwohnungen leben, in Wien sei das umgekehrt. Wien muss also Spanien werden. Das Beispiel ist insofern bemerkenswert, als die Wohnstruktur auf der iberischen Halbinsel nicht nur für die massive Wohnungsnot v.a. jüngerer SpanierInnen verantwortlich gemacht wird, sondern v.a. auch, weil die aufgeblasene Immobilienblase ursächlich für den steilen Absturz der spanischen Wirtschaft in der Krise war. Der Aufruf, mit Anlauf von der 100 Meter hohen Steilklippe ins tosende Meer zu springen, ist zumindest der Mut nicht zu versagen. In 700 neue Gemeindewohnungen pro Jahr dürfte das Geld wohl trotzdem mit Abstand sinnvoller angelegt sein. Wenn sich die ÖVP jetzt noch auf Bundesebene durchringen könnte, nicht nur die Interessen der Hauseigentümer zu vertreten und wirksame Mietzinsobergrenzen zuliebe – wer weiß, vielleicht würden auch die Kosten für Eigentumswohnungen wieder in Richtung € 2.700,- pro Quadratmeter zu sinken beginnen?

In dieser Ausgabe stellt **Philipp Metzger** die **wirtschaftspolitischen Überlegungen** von Griechenlands Fi-

nanzminister Varoufakis vor, die dieser gemeinsam mit James K. Galbraith und Stuart Holland in einem kleinen Band mit dem Titel »Bescheidener Vorschlag zur Überwindung der Eurokrise« präsentiert hat. Diese politische Thesen lohnte es wohl jedenfalls mehr zu diskutieren, als die Authentizität herabwürdigender Gesten des damaligen Wirtschaftsprofessors in einem Youtube-Video eines Vortrags aus dem Jahr 2012.

Ludwig Dvořák argumentiert in seinem Beitrag, warum die **Grünen** in der Frage des **Wahlrechts keinen moralischen Bonus haben**, aber dennoch beide Seiten politisch erkennen sollten, dass es beim **strategische Projekt einer rot-grünen Koalition** um mehr als die Neuverteilung von drei Mandaten im Rahmen einer Wahlrechtsreform geht.

Die Wahlen zum **britischen Unterhaus** und die politischen Perspektiven der **Labour Party** unter **Ed Miliband** beschäftigen **Armin Puller** in seinem ausführlichen Bericht über den laufenden Wahlkampf.

Muna Duzdar nimmt die Ernennung der neuen tunesischen Kulturministerin, der Wissenschaftlerin Latifa Lakhdhari, zum Anlass, die auch von ihr geprägten Debatten im arabischen Raum zur **Vereinbarkeit des Islam mit einer modernen Gesellschaft** darzustellen.

Stefan Brocza stellt **Struktur, Arbeitsweise und Programm** der **Juncker-Kommission** und im Detail vor.

Nach den **Buchtipps** skizziert **Markus Marterbauer** abschließend, warum die Budgetzahlen in Österreich entgegen den üblichen pessimistischen Parolen ausreichend Spielraum für verstärkte Initiative gegen die bedrohlich wachsende **Arbeitslosigkeit** gestatten würden.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



GORAL UND GORALIN BEI SZCZAWNICA
1898, Zygmunt Ajdukiewicz
© ÖNB Bildarchiv und Grafiksammlung

6 Was will Varoufakis eigentlich?

VON PHILIPP METZGER

12 Back to politics

VON LUDWIG DVOŘÁK

16 Wahlen in Großbritannien

VON ARMIN PULLER

26 Die Vereinbarkeit von Islam und Moderne

VON MUNA DUZDAR

34 Alles Juncker

VON STEFAN BROCZA

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

46 Budgetziel erreicht, auf die Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit vergessen

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Was will Varoufakis eigentlich?

Seitdem Syriza in Griechenland an der Macht ist, sind die politische Strategie und der ökonomische Plan der neuen Regierung Gegenstand zahlreicher Debatten. Finanzminister Varoufakis verfasste unlängst einen kleinen Band, der einige Fragen beantwortet. Philipp Metzger stellt die Vorschläge dar.

Kurz nachdem Yanis Varoufakis neuer griechischer Finanzminister geworden war, traf er sich mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble und dem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Berlin. Beide hätten ihm gesagt, dass man die »Regeln und den Sinn der verordneten Medizin nicht infrage stellen [dürfe]« (9). So jedenfalls beschreibt Varoufakis das wenig Mut machende Treffen im Vorwort seines Buches »Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise«, das er zusammen mit den Ökonomen Stuart Holland und James K. Galbraith geschrieben hat. »Die Regeln« wollen die drei Autoren darin auch nicht verändern (weil sie sich keine Illusionen über die kompromislose Haltung einiger Eurostaaten machen) – und trotzdem bestreiten sie leidenschaftlich, dass es keine Alternative zur aktuellen Austeritätspolitik gäbe.

VIER VORSCHLÄGE, DIE KRISE ZU LÖSEN

Genau genommen sind es vier Vorschläge, die die Autoren präsentieren. Für jedes Krisenfeld – die Banken, die Staatsschulden, die Investitionsflaute und die soziale Misere – eine Lösungsstrategie. Gemein ist ihnen die Grundüberzeugung, dass die Eurokrise nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Deshalb sind die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Investitionsbank (EIB), der Europäische Investitionsfonds (EIF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die entscheidenden Institutionen für ihre Strategie.

1. BANKENKRISE

Der Vorschlag zur Lösung der Bankenkrise sieht vor, dass Banken, die in massive Schwierigkeiten geraten sind, mithilfe des ESM rekaptalisiert werden sollten. In einem solchen Fall würde der ESM Anteile an dieser Bank erwerben. Parallel dazu

würde die EZB einen Sanierungsplan für die Pleitebank erarbeiten und das Management auswechseln. Nach einem Jahr sollte der ESM seine Anteile an der Bank wieder verkaufen und so im Ideal seine Ausgaben zurückerhalten. Der Vorteil an dieser Strategie sei, dass damit eine Bankenkrise nicht zu einer Staatsschuldenkrise werde, sodass auch die Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden müssten.

Vieles spricht für den Vorschlag der Autoren. Im Fall Griechenland wäre die Bankenkrise eine Bankenkrise geblieben und man hätte das Land nicht in eine völlig kontraproduktive Austeritätspolitik gezwungen. Aber der Plan der drei Autoren berührt und behebt dabei ein noch viel grundsätzlicheres Problem: Ein europäischer Binnenmarkt kann nicht ohne eine europäische Bankenunion auskommen. Viele, vor allem kleine Nationalstaaten, sind oder wären damit überfordert, wenn ihre mittlerweile europaweit agierenden Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das kann man auch an Österreich deutlich erkennen, dessen Banken besonders in Osteuropa aktiv waren und sich dabei teilweise massiv verspekuliert haben (z. B. Hypo-Alpe-Adria). Daher stellt sich für einige bereits die Frage, ob »Österreich – das nächste Griechenland?«¹ (DW, 10.03.2015) sein wird.

Varoufakis und seine Kollegen betonen, dass zur Umsetzung ihres Plans keine Veränderungen von EU-Verträgen nötig seien, sondern lediglich die Zustimmung der Euro-Gruppe. Es stellt sich die Frage, was die drei Autoren von der erst kürzlich beschlossenen Bankenunion halten: Nicht viel bzw. halten sie diese für einen Etikettenschwindel. Denn »die sogenannte Bankenunion, die beschlossen wurde, ist in Wahrheit nichts anders als der Versuch, die Bankensysteme vollständig zu re-nationalisieren« (30).

2. KRISE DER STAATSSCHULDEN

Eigentlich hatte man sich innerhalb der Eurozone, mit dem Maastricht-Vertrag aus dem Jahr 1992 und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997, darauf geeinigt, dass die Staatsschulden nur 60 Prozent des BIP betragen dürfen. Ein Wert, der schon von Anfang an sehr ehrgeizig war und seit der Krise für die meisten Staaten unerreichbar weit scheint (nicht einmal Deutschland erreicht diesen Grenzwert). Ginge es nach Varoufakis und seinen Kollegen, würde die EZB alle über diesem Wert liegenden Schulden zurückzahlen. Im Gegenzug sollte die EZB ein Debitkonto für die jeweiligen Mitgliedsstaaten eröffnen. Die Schulden würden also nicht verfallen, sondern an die EZB zurückgezahlt. Außerdem würden diese EZB-Bonds durch den ESM abgesichert, falls ein Mitgliedstaat Schulden nicht zurückzahlen kann.

Vorteil dieser Maßnahme sei, dass aufgrund der hohen Bonität der EZB-Anleihen die Zinsen unter zwei Prozent fallen und dadurch die durchschnittlichen Jahreszinsen der Eurozone innerhalb von 20 Jahren um bis zu 50 Prozent fallen würden. Vor dem Hintergrund dieser Strategie werde die »europäische Schuldenkrise endgültig vorbei« (35) sein. Die Autoren argumentieren, dass dieser Vorschlag vertragskonform sei, weil erstens das Prinzip der getrennten Schulden bestehen bliebe und zweitens die EZB keine Anleihen von Mitgliedstaaten kaufen würde, sondern bei der Rückzahlung maastrichtkonformer Schulden als Vermittlerin auf den Märkten agieren würde.

Der Vorschlag von Varoufakis und seinen Kollegen hat den Vorteil, dass er die Probleme lösen könnte und vertraglich schnell umzusetzen wäre. Aber angesichts der Diskussionen um Eurobonds dürfte es diese Idee der Autoren am schwersten haben, weil man innerhalb der Eurogruppe sofort eine Vergemeinschaftung der Schulden durch die Hintertür vermuten würde. Wobei die Eurogruppe es freilich bis heute versäumt hat, einen Plan zu präsentieren, der die Staatsschuldenkrise lösen könnte.

3. INVESTITIONSKRISE

Mit einem europäischen New Deal soll die Investitionskrise gelöst werden. Acht Prozent des BIP der Eurozone sollen investiert werden, um Wachstum und Produktivität zu fördern. Es gibt zwar derzeit ein Investitionsprogramm, aber dieses Programm hat erstens den Nachteil, dass es viel zu klein ist und zweitens, dass die Hälfte der beantragten Mittel von den Staaten selbst aufgebracht werden müsste. Gerade die pe-

ripheren Staaten in der Eurozone, die Konjunkturprogramme am dringendsten bräuchten, könnten sich diese 50 Prozent nicht leisten. Die zentralen Institutionen, die Mittel für das aktuelle Investitionsprogramm bereitstellen, sind die EIB und der EIF. Damit auch die peripheren Staaten auf die Mittel des Konjunkturprogramms zugreifen könnten, sollte die EZB helfen und Anleihen zur Finanzierung ausgeben. Diese Anleihen würden den Staaten auf die schon angesprochenen Debitkonten gebucht werden. Der Vorteil wäre, so die Autoren: »Diese Anleihen werden direkt aus den Erträgen der Investitionen beglichen [...] und erhöhen nicht die Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten, in denen die Investitionen getätigt werden« (40).

Die Autoren betonen, dass es sich bei diesem europäischen New Deal um eine klassische Win-win-Situation handeln würde. Nicht nur in den peripheren Staaten der Eurozone entstünde so Wachstum, auch die Überschussländer würden durch die gestiegene Nachfrage profitieren. Die Autoren hoffen, durch diese Investitionen werde ein kumulativer Prozess in Gang gesetzt, der dazu führt, dass das massenhaft und weltweit brachliegende Kapital endlich wieder produktiv investiert werde (ähnlich argumentierte auch schon Keynes). Würde dieser Vorschlag von Varoufakis und seinen Kollegen in die Tat umgesetzt, würde dies nicht nur das Ende der Austeritätspolitik bedeuten, sondern auch der neoliberalen Angebotspolitik.

Wahrscheinlich ist dieser deshalb der radikalste Vorschlag der Autoren. Er wiegt nicht nur rechtlich schwer, sondern auch politisch, weil er direkt mit der neoliberalen Hegemonie bricht. Andererseits bietet er eine echte Alternative, aber dazu müssten sich die Kräfteverhältnisse in der EU grundlegend verändern. Denn in der derzeitigen politischen Konstellation interpretiert man diesen Vorschlag einfach als Aufforderung zu mehr Schulden. In der Euro-Gruppe scheint man derzeit unter dem Wort »Reformen« nur Renten- und Lohnkürzungen zu verstehen. Dass solche Kürzungen in Griechenland durchgebracht wurden, diese jedoch nicht nur nichts genützt, sondern die Situation sogar verschlimmert haben, will oder kann man einfach nicht verstehen.

4. SOZIALE KRISE

Der wohl deprimierendste Aspekt der Eurokrise ist die massive Verlegung breiter Teile der Bevölkerung. Die Autoren appellieren, dass die EU-Institutionen die moralische Pflicht hätten, gerade dieses Problem zu lösen. »Wenn die EU nicht

reagiert, droht Europa Gefahr durch Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ja unverblühten Nazismus [...] [V]or diesem Hintergrund droht aus der menschlichen und sozialen Krise schnell eine Legitimationskrise der EU zu werden.« (48) Um die soziale Lage zu verbessern, schlagen die drei Autoren eine europaweite Maßnahme nach dem Vorbild des Lebensmittelhilfeprogramms der USA vor. Bezahlt werden soll dieses Programm aus den TARGET 2-Salden. TARGET 2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System) ist der Fachbegriff für die interne Verrechnung der Geldflüsse zwischen den Zentralbanken. Ohne ein solches System wäre keine gemeinsame Währung möglich.

Um TARGET 2 zu erklären, ziehen die Autoren ein Beispiel heran: Wenn ein spanischer Staatsbürger ein deutsches Auto kauft, dann werde das Geld von einer spanischen Bank an eine deutsche Bank überwiesen. In diesem Moment gehe die spanische Zentralbank eine Verbindlichkeit gegenüber der deutschen Bundesbank ein. In diesem Beispiel hätte die spanische Zentralbank gegenüber der deutschen Bundesbank eine nominelle Schuld. Die Zentralbanken der Defizitländer müssten den Zentralbanken der Überschussländer diese Schulden (plus Zinsen) bezahlen. Die Zentralbanken der Überschussländer reichen das Geld jedoch an die jeweilige Staatskasse weiter. Bei TARGET 2 handelt es sich also um eine Clearingstelle des Euro-Systems.

UNGLEICHGEWICHTE MASSIV VERSTÄRKT

Das hört sich vielleicht alles etwas sperrig an, aber ist tatsächlich sehr wichtig. Vor der Eurokrise waren die gegenseitigen Verbindlichkeiten kein Problem. Mit Beginn der Krise haben sich die Ungleichgewichte massiv verstärkt und damit auch die Verbindlichkeiten. Die Kapitalzuflüsse in die europäischen Peripheriestaaten gingen stark zurück und gleichzeitig floss Kapital in die umgekehrte Richtung, »da Kapital aus der Peripherie an die Banken in Frankfurt transferiert wurde« (50). Dadurch nahmen die Nettverbindlichkeiten von den Zentralbanken der Defizitländer gegenüber den Zentralbanken der Überschussländer zu.

Das führte in einen Teufelskreis: »Die Zinsen, die nach den TARGET 2-Regelungen von der Peripherie ans Zentrum der Eurozone transferiert werden, verhalten sich proportional zur Größe der Krise. Je größer die Krise ist – und ein Element davon ist die soziale Krise –, desto mehr Zinsen müssen die Länder zahlen, die weniger stark betroffen sind.« (50) Es sei »unfair und unlogisch«, dass die Länder, die sich am schwers-

Yanis Varoufakis / Stuart Holland / James K. Galbraith BESCHIEDENER VORSCHLAG ZUR LÖSUNG DER EUROKRISE

München 2015

Antje Kunstmann Verlag

64 Seiten




ten in der Krise befinden, auch noch an die Länder, die relativ gut durch die Krise kommen, zusätzliche Zinsen zahlen würden.

Stattdessen schlagen die Autoren vor, die Gewinne aus TARGET 2 für den Kampf gegen die soziale Krise einzusetzen. Auch dafür sei keine Vertragsveränderung notwendig. Die Zinsen der Defizitländer sollten weiter gezahlt werden, aber die Zentralbanken sollten dieses Geld auf ein gemeinsames Konto überweisen und aus diesem sollte dann das »Notprogramm für soziale Solidarität finanziert« (47) werden. Damit hätte die Eurozone ein gemeinsames Instrument, das nicht aus Steuergeldern bezahlt wurde. Auch hätte diese Programm einen hohen symbolischen Wert: »Wenn eine Familie einen Scheck über 50 Euro bekommt mit dem Aufdruck »von der EU zur Verfügung gestellt« und den im Supermarkt anstelle von Geld verwenden kann, werden die Bürger Europas automatisch anfangen, die EU mit anderen Augen zu betrachten.« (52)

FAZIT

Wenige haben sich bisher mit diesem Manifest beschäftigt. Erstaunlich, denn an medialer Präsenz mangelt es dem griechischen Finanzminister in Europa und insbesondere in

Deutschland nicht. Abendfüllend wird auf Gala-Niveau über ungezogene Gesten lamentiert, aber nicht über Konzepte oder Alternativen diskutiert. Und vielleicht zeigt sich genau daran eine sehr große, aber altbekannte Schwierigkeit, mit der dieser »bescheidene Vorschlag« zu kämpfen hat: Es geht hier weniger darum, was ökonomisch möglich wäre, sondern was politisch gewollt ist. Die Kritik an dem Buch ist leicht vorhersehbar. Wenn diese Strategie scheitert, haften am Ende auch die einzelnen Mitgliedstaaten. Das stimmt wahrscheinlich, aber überzeugt nicht das Argument der Autoren, dass ein »Weiter so« auch keine Lösung ist, sondern die Krise noch verschlimmert?

Varoufakis, Holland und Galbraith haben einen Vorschlag gemacht, der einfach zu verstehen und technisch relativ schnell umzusetzen wäre. Ihr Argument, dass eine Eurokrise auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann, ist überzeugend. Ihr Vorschlag ist eine Alternative zur derzeitigen Krisenpolitik, die es wenigstens verdient, ernsthaft diskutiert zu werden. Aber das Kräfteverhältnis in der Euro-Gruppe ist zur Zeit eindeutig gegen jede soziale Transformation der EU. Selbst eine schon bescheidene Forderung wie die Beendigung der Austeritätspolitik kommt da fast einem revolutionären Bruch gleich. 

PHILIPP METZGER

ist Politikwissenschaftler und promoviert an der Universität Wien zum
Thema der Dynamiken von Finanzialisierung.

-
1. Deutsche Welle (2015): Österreich – das nächste Griechenland? (10.03.2015); online: <http://www.dw.de/österreich-das-nächste-griechenland-10032015/a-18306357>, 15.04.2015

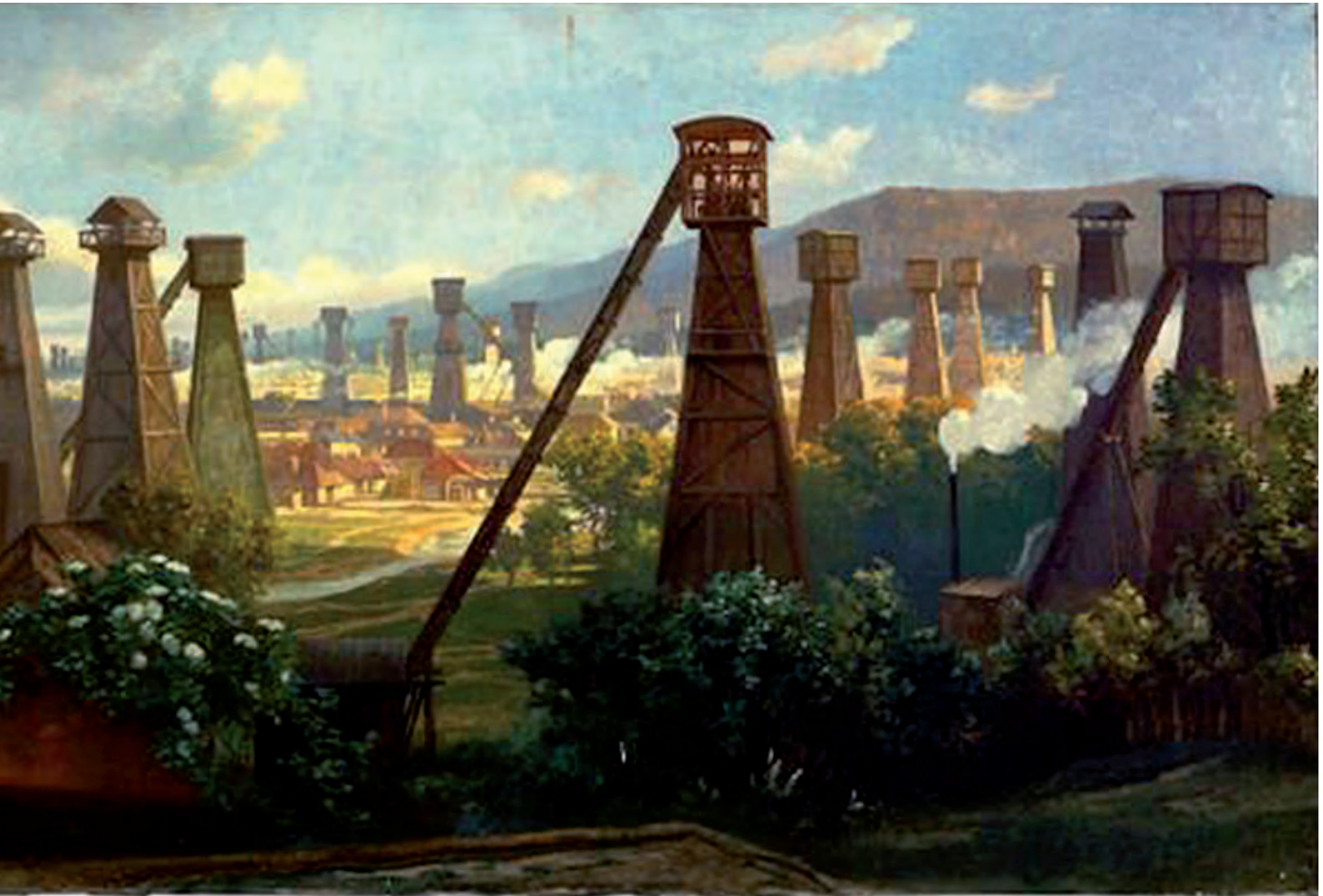
MYTHOS



ÖLFELD IN BORYSLAW, UM 1910
Reinhold Völkel, © Technisches Museum Wien

GALIZIEN

WIEN MUSEUM



Eine Ausstellung in Kooperation mit der Galerie des International Cultural Centre in Krakau (Kraków)

Das Ausstellungsprojekt »Mythos Galizien« ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem ICC und dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa in Wien. Das Forschungsthema »Mythos Galizien« ist dem multikulturellen Erbe des historischen Kronlandes der Österreich-Ungarischen Monarchie gewidmet und seiner geopolitischen und historischen Bedeutung für die zeitgenössische Kulturlandschaft Mitteleuropas. Das Ausstellungskonzept, die Auswahl der Exponate sowie die Realisierung des Ausstellungsprojektes werden von einem gemeinsamen Kuratorenteam aus dem Wien Museum und dem International Cultural Centre in Krakow erarbeitet.

Wien Museum Karlsplatz | www.wienmuseum.at
bis 30. August 2015

Back to politics

Der Streit um das Wiener Wahlrecht treibt mit der Befindlichkeitsdebatte nach dem Wechsel von Senol Akkilic zur Wiener SPÖ skurile Blüten. Für Ludwig Dvořák stehen dabei weniger medial hochgespielte moralische als vielmehr polit-strategische Fragen im Vordergrund. Die Bedeutung einer rot-grünen Option sollte auf beiden Seiten nicht aus dem Blick geraten.

Der Stein des Anstoßes findet sich auf Seite 24 des Regierungsübereinkommens der Wiener SPÖ und der Grünen. Im Kapitel »Demokratie und Kontrolle« vereinbarten die Koalitionspartner, die Briefwahl manipulationssicher zu machen, sich auf Bundesebene für ein Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und UnionsbürgerInnen einzusetzen und »ein modernes Verhältniswahlrecht« zu schaffen. Nähere Eckpunkte, was ein modernes Verhältniswahlrecht ausmacht, wurden im Koalitionsabkommen nicht festgelegt, diese Fragen sollten vielmehr in einer Arbeitsgruppe bis 2012 gelöst werden¹.

Als Kardinalfehler der grotesken öffentlichen Schlammschlacht rund um Ostern 2015 ist sicherlich das Scheitern eben dieser Verhandlungen zu betrachten, das Mitte Februar bekannt gegeben wurde². Politisch erklärbar ist dies, außerhalb des engsten Kreises von MandatsträgerInnen, weder in die eine noch in die andere Richtung: Das Wiener Wahlrecht macht Grundmandate in den Bezirks- bzw. Regionalwahlkreisen »billiger« als Reststimmenmandate im Landeswahlkreis und begünstigt dadurch stimmenstarke Parteien. Dass dieses »mehrheitsfördernde Element«, wie von der SPÖ offiziell argumentiert, für »klare Verhältnisse« notwendig sei, ist wenig überzeugend. Sicherlich würde in Wien nicht das Chaos ausbrechen, wenn die SPÖ 2010 nur 46 statt 49 Mandate erhalten hätte.

EIN MORALISCHES ZIEL?

Noch weniger stichhaltig erscheint jedoch die moralisch überhöht vorgetragene Position der Grünen, das Wiener Wahlrecht sei undemokratisch und die Grünen würden selbstlos für mehr Demokratie kämpfen. Hier scheint nicht nur der Einwand berechtigt, dass man auch Ländern mit (Elementen

eines) Mehrheitswahlrechts kaum absprechen wird können, demokratische Wahlsysteme zu haben. Vor allem richtet sich der Vorwurf, nur den eigenen Vorteil bei der Mandatsvergabe im Blick zu haben, bei genauerer Betrachtung (auch) gegen die Grünen selbst, wie Alfred Noll überzeugend dargelegt hat.³ Denn der Grundsatz, alle Stimmen sollten den gleichen Wert haben, wollen die Grünen nur solange aufrecht erhalten, solange er der SPÖ verteuerte Grundmandate kostet und den Grünen verbilligte Reststimmenmandate bringt. In der Frage der 5%-Hürde, die potenziell noch gravierendere Ungleichgewichtigungen der Stimmen mit sich bringt, kommt der grüne Demokratieplan nämlich zum Erliegen, ebenso wie bei ÖVP und FPÖ. Hier geht es nämlich um unliebsame Konkurrenz, die sich vom Hals zu halten es offenbar erträglich macht, dass ein zusätzlicher Prozentpunkt bei über 5% (zumindest) ein Mandat brächte, ein zusätzlicher Prozentpunkt bei unter 5% die gleichen Stimmen aber wertlos macht.

EIN UNMORALISCHES ANGEBOT?

Auch in der Frage des Wechsels von Senol Akkilic zur SPÖ ist zwar die emotionale Betroffenheit der Grünen verständlich, bei näherer Betrachtung erschließt sich aber auch hier die moralische Überhöhung der grünen Position kaum. So wie die Überraschung der Grünen über die Vorgangsweise der SPÖ, den Spielraum der Geschäftsordnung zu nutzen, um die grünen Wahlrechtsanträge nicht unmittelbar zur Abstimmung zu bringen, extrem gekünstelt erscheint, war auch der Versuch einer handstreichartigen Änderung der Geschäftsordnung ein misslungener Versuch, den Koalitionspartner übers Ohr zu hauen. Was daran moralisch hochwertiger sein soll als das Bestreben der SPÖ, dies zu verhindern, ist bei genauer Betrachtung kaum zu verstehen. Dass der »Machtausch«, von dem häufig zu lesen war, nicht (nur) auf SPÖ-Seite zu

suchen war, merkte man am eindrucksvollsten am Ausmaß des Katers, der die Grünen übermannte, nachdem sich ihre Hoffnung, mit 51 blau-schwarz-grünen Abgeordneten die 49 roten GemeinderätInnen niederstimmen zu können, zerschlagen hatte.

Nun ist die Optik dieses Wechsels zweifellos keine besonders schöne. Robert Misik hat zu Recht argumentiert, dass sie politisch vor allem dann empörend wäre, wenn hier ein Mann seine Gesinnung verkauft hätte, um sein Mandat zu behalten.⁴ Genau dafür finden sich jedoch sehr wenige Anhaltspunkte. Würde Senol Akkilic den einfachen Weg seinen Überzeugungen vorziehen, so wäre er wohl kaum 1985 zu den Grünen gestoßen. Es hätte wohl lustigere Pflaster gegeben, als in Favoriten grüner Bezirksrat zu werden. Und er hätte wohl kaum den Kontakt zu den BesetzerInnen der Motiv-Kirche gesucht, während seine Partei darüber den Kopf schüttelte. Exerzieren die Grünen bei den Schmähungen ihres langjährigen Funktionärs nicht genau die Verhaltensweisen vor, die ansonsten im Umgang der SPÖ mit ihren internen KritikerInnen beklagt wird? Wenn Michel Reimon in seinem Blog argumentiert, der Umstand, politisch isoliert zu sein und keine Perspektive in der eigenen Partei zu sehen, rechtfertige keinen Parteiwechsel⁵: Ist das nicht genau das gleiche Argument, das jedem und jeder zu machen wäre, die die SPÖ in Richtung der Grünen verlassen hat?

Ja, es wäre problematisch wenn Akkilic nur die Gunst der Stunde gebraucht hätte, um seinen »Marktwert« in eine Zusage für ein Abgeordnetengehalt in der nächsten Gesetzgebungsperiode einzutauschen. Aber hier stellen sich die Grünen nicht der Schattenseite eines sich selbst reproduzierenden Parteiapparats, der fünf von elf der auf Vassilakou und Ellensohn folgenden aussichtsreichen Listenplätze mit MitarbeiterInnen des grünen Nationalrats- und Rathausklubs bzw. des Stadtratsbüros besetzt und so Raum für innerparteiliche Frustrationen öffnet. Auch und vor allem blenden die Grünen geflissentlich aus, dass es neben der epochalen Frage der Neuverteilung von drei Gemeinderatsmandaten im Zuge der Wahlrechtsreform auch andere politische Problemkreise gibt, die vielleicht doch größere gesellschaftliche Bedeutung haben. Christa Zöchling hat im *Profil* Akkilic' Wechsel u.a. darauf zurückgeführt, dass bei den Bobo-geprägten Grünen milieubedingt wenig Platz sei für ein Gasterbeiterkind und seinen Einsatz für Flüchtlinge und sozial benachteiligte Jugendliche sei.⁶ Ob ihre These nun zutrifft oder nicht: In der Sozialdemokratie bieten sich wahrscheinlich mehr Anknüpfungspunkte, um in diesen Be-

reichen viel weiterzubringen und auch diese Dimension sozialer Gleichheit in der Praxis zu stärken.

POLITISCHE DIMENSION

Die Tragik der ganzen Wahlrechts-Farce liegt vor allem darin, dass ihre langfristige inhaltliche Bedeutung auch nicht annähernd im Verhältnis zum angerichteten politischen Schaden steht. Dass der von beiden Seiten aus taktischen Gründen erbittert geführte Streit um drei Mandate dazu führt, dass über ein Ende des rot-grünen Experiments auch nur diskutiert wurde, muss man sich in seiner ganzen Absurdität erst auf der Zunge zergehen lassen. Es ist für einen Außenstehenden schwer zu entscheiden, welche Seite mit dem Vorwurf, die jeweils andere Seite sei intern zerstritten gewesen und habe keine Zustimmung zu einer koalitionären Wahlrechts-Einigung zuwege gebracht, im Recht ist. Beides scheint möglich, beide Seiten haben auf innerparteiliche Sensibilitäten der jeweiligen Gegenseite wenig Rücksicht genommen. Dass die Grünen beim Wahlrecht unter Druck kommen würden, ihren fragwürdigen Anti-SPÖ-Pakt von 2010 in irgendeiner Form doch eingehalten zu haben, war ebenso absehbar, wie die Schwierigkeiten der SPÖ-Spitze, den Wegfall »billiger« Grundmandate gerade in den vom aktuellen Wahlrecht profitierenden stimmenstarken Bezirken durchzusetzen.

Nach der Phase der emotionalen Aufladung wäre es aber ein Gebot der Vernunft, sich wieder zu vergegenwärtigen, dass Rot-Grün in Wien seine politische Bedeutung nicht aus einer Wahlrechtsreform und auch nicht aus dem Umbau einer Straße zu einer (vom Autor sehr befürworteten) FußgängerInnenzone zieht. Für beide Parteien ist es die Möglichkeit, die in sehr vielen Bereichen hohe inhaltliche Deckungsgleichheit zur Umsetzung einer fortschrittlichen, sozialen und demokratischen Politik zu nutzen und ein Signal auch über Wien hinaus zu setzen, dass Regierungen auch ohne FPÖ-Hetze und schwarze Millionärs- und Grundbesitzerlobbyisten möglich ist.

Die Grünen wollen nach dem Wahlrechtsstreit vermitteln, dass sie in der Stadtregierung unabhkömmlich sind. Bei aller Emotion, die auch in der Politik Platz haben muss, wäre es aber hilfreich, sich nicht zu sehr als Rumpelstilzchen zu positionieren. Wenn sich die Grünen zu sehr auf das Gegeifere gegen die »rote Allmacht in Wien« einlassen, das zum kleinen Einmaleins bürgerlicher Medienberichterstattung zählt, laufen sie nicht nur Gefahr, viele Rot-Grün-SympathisantInnen in der SPÖ zu verärgern. Sie laufen auch Gefahr, politische Türen


für dubiose Experimente wie Schwarz-Blau-Grün in Wiener Neustadt oder Schwarz-Grün-Stronach wie in Salzburg zu öffnen. Wer A sagt, gerät zumindest in Versuchung, auch B zu erwägen. Es sollte den Grünen zu denken geben, dass die mediale Sympathiewelle abseits des Boulevards derzeit jedem zu Gute kommt, der in Konflikt mit Michael Häupl gerät. So politisch unsinnig der 22-Stunden-LehrerInnen-Arbeitszeit-Sager des Wiener Bürgermeisters auch war: Wenn selbst jene LeitartiklerInnen, die sonst kein dümmliches Ressentiment gegen öffentlich Bedienstete auslassen, Krokodilstränen vergießen, um den »zynischen Machtpolitiker« zu geißeln, sollte der sprachliche Gleichklang mit den Kommentaren zum rot-grünen Koalitionsstreit nachdenklich stimmen.

Umgekehrt sollten sich aber auch manche FunktionärInnen der Wiener SPÖ darüber klar werden, dass Koalitionen nicht nach Bequemlichkeit, sondern nach den Möglichkeiten zur Umsetzung inhaltlicher Programme abgeschlossen werden. Die Hoffnung, die ÖVP sei ein »bequemeres« Koalitionspartner, scheint mehrfach verfehlt. Ganz unabhängig vom keineswegs ermutigenden Beispiel der Bundesebene scheint bei manchen in Vergessenheit geraten zu sein, dass Bescheidenheit in keiner Weise die Zierde der ÖVP in der Koalition 1996–2001 gewesen ist. Die ÖVP vertritt sowohl in der Schul- als auch in der Wohnfrage diametral entgegengesetzte Positionen und ist eine latente Bedrohung für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge in Wien. Und selbst in der Verkehrspolitik scheinen in der derzeitigen Koalition bei nüchterner Betrachtung weniger grundsätzliche Diskrepanzen, als vielmehr handwerklich-politische Fehler atmosphärisch störend gewesen zu sein.

Das Parkpickerl ist eine von der SPÖ innerhalb des Gürtels vor fast zwei Jahrzehnten durchgesetzte Politik, die bei etwas weniger fanatischer Rhetorik und etwas mehr handwerklichem Geschick auch im Westen Wiens von Anfang an die hohe AnrainerInnenzufriedenheit erlangt hätte, die sie seit Jahren auch innerhalb des Gürtels hat. In der Frage der Mariahilferstraße waren entsprechende Pläne auch in der SPÖ vorhanden, auch hier war es v.a. die holprige Lösungsfindung bei AnrainerInnenbeteiligung und 13A-Streckenführung, die vermeidbare Irritationen ausgelöst hat. Man mag »Sharrows« nicht für den großen Durchbruch in der Verkehrspolitik halten, aber sie richten wohl kaum Schaden an und im wesentlichen Bereich des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs läuft es in dieser Koalition in die merkbar richtige Richtung, sowohl beim U-Bahnausbau als auch im Ausbau des Straßenbahnnet-

zes. Währenddessen scheint das verkehrspolitische Hauptanliegen der ÖVP Wien zu sein, niederösterreichische Verkehrsprobleme auf Kosten des Wiener Budgets zu lösen.

So wie die Grünen gut beraten wären, aus dem Zornbinckel-Eck langsam wieder herauszukommen, so wäre die SPÖ sehr schlecht beraten, wegen der Launenhaftigkeit eines an sich sehr kooperativen Koalitionspartners ein politisches Experiment dieser Tragweite vorschnell als erledigt zu betrachten. Am 11. Oktober kämpft jede Partei für sich und die Sozialdemokratie tut gut daran, alles dafür zu geben, dass gegen sie keine Mehrheitsbildung in Wien möglich ist. Zu Recht wird betont, dass dies nicht vom Wahlrecht, sondern von den WählerInnen bestimmt wird. Es ist daher höchste Zeit, den Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung darauf zu legen, klar zu machen, wofür es eine sozialdemokratische Mehrheit in dieser Stadt braucht

Die strategische Option einer rot-grünen Koalition sollte aber keinesfalls vorschnell am Altar einer Wahlrechtsänderung von untergeordneter Bedeutung geopfert werden. Es wäre nicht nur eine Stärkung der in Westösterreich inzwischen alltäglich gewordenen strategischen Ausrichtung der Grünen als bequeme Mehrheitsbeschafferin der ÖVP, es wäre auf beiden Seiten das Eingeständnis, inhaltliche Umsetzungsmöglichkeiten zugunsten individueller Machtallüren zurückzustellen. Das ist eine Nuance eines jedenfalls demokratischen Verhältniswahlrechts wert. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierunguebereinkommen-2010/pdf/regierunguebereinkommen-2010.pdf>
2. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4662246/Wahlrecht_RotGrun-einig-dass-wir-uns-nicht-geeignet-haben
3. <http://derstandard.at/2000013820034/Mehrheit-bei-Wahlen-die-Frage-ist-nur-fuer-wen>
4. <http://misik.at/2015/04/ist-senol-akkilic-wechsel-zur-spo-ein-fall-von-korruption/>
5. <https://www.reimon.net/>
6. <https://www.reimon.net/>

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM

Brody

Granica — Границя — Grenze



DIE ÖSTERREICHISCH-RUSSISCHE GRENZE BEI BRODY, UM 1910

© Brody Regionalmuseum

Wahlen in Großbritannien

Am 7. Mai finden nationale Wahlen in Großbritannien statt und entscheiden über David Camerons Koalitionsregierung, die 2010 die 13 Jahre lang regierende Sozialdemokratie unter Tony Blair und Gordon Brown aus dem Amt drängte. Armin Puller analysiert die Lage in Großbritannien und stellt den Wahlkampf der Sozialdemokratie unter Ed Miliband dar.

Die Entwicklungen in Großbritannien waren häufig ein Vorzeichen für Entwicklungen auch auf dem Kontinent: In England entwickelten sich Kapitalismus und Liberalismus, organisierte sich die ArbeiterInnenbewegung früher als andernorts, nahm die Globalisierung des Kapitalismus und das politische Projekt des Neoliberalismus einen wesentlichen Ausgangspunkt, wurde der sozialdemokratische Reformismus der Nachkriegszeit ausgearbeitet, ebenso wie die sozialdemokratische »Modernisierung« in Richtung des »Third Way« unter Tony Blair. Bei der kommenden Wahl am 7. Mai verläuft die Dynamik umgekehrt, denn die auf dem Kontinent bekannte Krise der politischen Repräsentation schlägt nun auch in Großbritannien in voller Härte zu.

Aller Voraussicht nach wird das britische politische System, dessen Mehrheitswahlrecht bisher immer recht eindeutige Ergebnisse und politische Differenzen entlang des Spektrums rechter und linker Projekte hervorbrachte, auch weiterhin mit einer Situation unklarer politischer Mehrheiten geschlagen sein. Ursache ist vor allem das Repräsentationsproblem der beiden Großparteien, deren Politik trotz umfangreicher Inszenierungen bei der eigenen sozialen Basis keine echte Begeisterung mehr hervorzurufen vermag.

TORIES, LIBDEMS UND LABOUR

Die seit 2010 regierenden *Conservatives* haben der eigenen Darstellung nach unter David Cameron große Anstrengungen unternommen, um sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen. Tatsächlich wurde ein Wandel vollzogen, der einige neokonservative Positionen zugunsten von gesellschaftspolitischem Liberalismus abgelegt hat und neue Problemlagen wie den Klimawandel anerkennt. Nicht nur stellt das

Parteilogo mittlerweile einen Baum dar, der die ökologische Bewegtheit der Tories repräsentiert; auch mit neuen Familienmodellen hat man sich abgefunden. Dennoch zeichnet auch der Neokonservatismus die Tories aus: Im Wahlkampf 2010 wettete Cameron gegen »Broken Britain«, womit ein Komplex des »moralischen Kollaps« gemeint war, der Kindesvernachlässigung, Teenagerschwangerschaften, Jugendgewalt, vaterlose Familien, straffreie Verantwortungslosigkeit bis hin zu »Sozialmissbrauch« umfasst – Probleme, die laut konservativen Medien von Labour nicht bearbeitet wurden und vor allem von den gefährlichen urbanen »Unterschichten« ausgehen (cf. Jones 2011: 78ff., 194ff.).

Wiewohl die Modernisierung der Tories sicher einen wesentlichen Faktor für den Wahlsieg 2010 spielte (neben der Unterstützungsverweigerung für »New Labour« bei klassischen Labour-Kernschichten), reichte das Ergebnis von 36,1 % und 306 Mandaten für die absolute Mehrheit von 323 erforderlichen Mandaten¹ nicht aus und machte, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens, eine Koalition erforderlich, die mit der liberaldemokratischen Partei gebildet wurde. Bei der kommenden Wahl prognostizieren Umfragen Werte von 32–35 % und einen Verlust von etwa 20–40 Mandaten.²

Mit jeweils rund 20 % an Stimmen und über 50 Mandaten entwickelten sich die *Liberal Democrats* in den letzten fünfzehn Jahren zu einer durchaus relevanten politischen Kraft. Ihre historischen Wurzeln reichen bis zur englischen Revolution und den liberalen Whigs zurück und die Partei kann daher auf eine lange Geschichte des Kampfes um Demokratisierung verweisen. Im 20. Jahrhundert verlor die Partei, die John Stuart Mill, Keynes und William Beveridge zu ihren Mitglie-

dern zählte, in der Folge der Gründung einer eigenständigen ArbeiterInnenpartei im Jahr 1900 zunehmend an Bedeutung. Die 1988 erfolgte Fusion von Liberalen und einer 1983 abgespaltenen Gruppe von rechteren Labour-Abgeordneten, der *Social Democratic Party*, verschaffte wieder etwas Aufwind. 2010 war der sympathische Libdem-Vorsitzende Nick Clegg der eigentliche Gewinner der Wahl und brachte der politischen Bühne Wochen der »Cleggmania« ein (cf. Parry/Richardson 2011). In der Legislaturperiode erschienen die Libdems dagegen vielfach als verlängerter Arm der Tories und zahlen mit schlechten Umfragewerten einen hohen Preis für inhaltliche Verbiegung (unter anderem wurde das symbolisch wichtige Wahlversprechen auf Ablehnung von Studiengebührenerhöhung gebrochen). Zu erwarten sind Stimmverluste von 50–70 %, d. h. ein Schrumpfen von 23 % auf bis zu 8 % bei Stimmen bzw. von 57 auf bis zu 24 Mandate. Zugewinne davon erhofft sich vor allem Labour. Zur Zeit der Regierungen von Tony Blair waren die Libdems eine beliebte Wahlalternative für enttäuschte Labour-Wählende, die einen Protest gegen den Irakkrieg und übertriebene Marktorientierung zum Ausdruck bringen wollten.

Trotz Verlusten könnten die Libdems wieder in die Situation des Züngleins an der Waage geraten und haben bereits angekündigt, die jeweils stimmenstärkste Partei zu unterstützen. Die Änderung ihres aktuellen Kurses im Falle eines Sieges von Labour wird den Libdems nicht schwer fallen: Mit Labour gäbe es sicherlich größere Gemeinsamkeiten hinsichtlich einer von Labour vorgeschlagenen Villensteuer, Infrastrukturinvestitionen, Wahlreformen (Einführung von Oberhauswahlen, Wahlaltersenkung) sowie für ökologische Maßnahmen.

Die *Labour Party*, die 2010 nach ihrer längsten Regierungstätigkeit von dreizehn Jahren aus der Regierung schied, kämpfte in den letzten Jahren vor allem mit ihrem Erbe. Zu ihrem früheren Vorsitzenden Blair pflegt sie ein ähnliches Verhältnis wie die SPD zu Schröder und geht zu vielen ihrer bisherigen Politiken auf Distanz. Eine inhaltliche und strategische Neuausrichtung lässt sich vor allem in der Symbolik erkennen, die sich von der sozialen Schlagseite von »New Labour« abhebt und die soziale Lage in den Mittelpunkt rückt. In den Umfragen konnte Labour von der Unbeliebtheit der Tories und ihrer teilweise zynisch begründeten Kürzungspolitik profitieren und war in den letzten vier Jahren durchgehend auf dem ersten Platz. Erst in den letzten Monaten wendete sich das Blatt zugunsten eines engen Kopf-an-Kopf-Rennens, demzufolge Labour bei etwa 34–35 % anzusiedeln ist. Der

determinierende Faktor in der Schlacht um den ersten Platz wird wohl die Mobilisierung am Wahltag sein und die Entscheidung über den Wahlausgang damit, da kaum inhaltliche Neuerungen im Wahlkampf zu erwarten sind, vor allem der professionalisierten Medienkommunikation der Parteien und journalistischen Coups zuspielden.

AUFSTIEG DER PARTEIENKONKURRENZ

Größere Auswirkungen wird diesmal auch das Ergebnis in Schottland haben, zumal die nationalistische Mitte-Links-Partei *Scottish National Party* (SNP) allen Voraussagen nach bis zu 54 der 59 schottischen Sitze (+48) erobern könnte. Damit wird auch auf nationaler Ebene das schottische Parlamentswahlergebnis von 2011 nachvollzogen, bei dem die SNP bereits die absolute Mehrheit erringen konnte. Bereits in der Periode zuvor formte die SNP eine Minderheitsregierung, in der sie sich als Regierungspartei profilieren konnte (cf. McAngus 2015).

Sie zeichnet sich durch einen kommunitaristisch-inklusiven, alle in Schottland lebenden Menschen einbeziehenden, nationalistischen Kurs der Erweiterung lokaler Autonomierechte für Schottland aus und kombiniert dies mit einem sozialdemokratischen Profil. Sie vertritt stärkere Steuerprogression bei Einkommen, wohlfahrtsstaatliche Umverteilung, die Stärkung des öffentlichen Sektors, freien Hochschulzugang, ökologische Forderungen inklusive einem Ausstieg aus der Kernenergie sowie einen proeuropäischen Kurs (in Unterstützung der grünen Fraktion im EU-Parlament). Die Dynamik dieser Partei, die mit über 100.000 Mitgliedern längst die drittgrößte Partei des Landes bildet (Toynbee 2015), erklärt sich durch ihre starke lokale Basisarbeit, ihre Ablehnung von Austeritätspolitik und das Durchbrechen des neoliberalen Parteienkonsenses. Mit dem Referendum über eine Unabhängigkeit Schottlands im September letzten Jahres nahm die SNP das Heft des Handelns in die Hand und konnte trotz Ablehnung der Unabhängigkeit graduelle Erfolge für ihr Programm erzielen.

Das schottische Ergebnis wird mit einem Verlust von bis zu 38 Mandaten vor allem auf Labour negativ wirken, die mit den schottischen Sitzen einen einfachen Sieg gegen Cameron einfahren hätte können und nun mit nur zwei bis vier Mandaten tendenziell vor der Auflösung steht. Gerade unter Labour-Wählenden hat die SNP Sympathiepunkte durch die deutliche Ablehnung des Irakkriegs, die Kampagne für die Beseitigung der Stützpunkte für Nuklearraketen in Schott-

land sowie klassische sozialdemokratische Anliegen gesammelt. Zumal die SNP eine ideologisch kohärente und politisch geschlossene Partei darstellt und ihr (keineswegs nur auf Unabhängigkeit abzielendes) Programm in der schottischen Regierung glaubhaft umsetzt, kann sie sich besten Bedingungen für eine Konsolidierung und für einen fixen Platz in der Parteienlandwirtschaft erfreuen. Beim zu erwartenden dritten Platz auf nationaler Ebene vor den Libdems wird die SNP in allen Parlamentsausschüssen vertreten sein und auch weitere staatstragende Funktionen ausfüllen dürfen. Das gute Ergebnis versetzt die SNP jedenfalls in eine win-win-Situation, da sie im Falle eines Siegs der Tories mit weiterem Zulauf rechnen kann und in Schottland bereits jetzt als zentrale Kraft gegen die Konservativen gilt, und im Falle eines Siegs von Labour reale Chancen auf Mitgestaltung bei Politiken sowie Umsetzung eigener Projekte hat. Der Erfolg der SNP hat auch der sehr ähnlich strukturierten walisischen Partei *Plaid Cymru* Aufwind gebracht, die sich mit 3 Mandaten in Westminster stabilisiert und an Stimmen deutlich zulegt.

In Form der »europaskeptischen« und rechtspopulistischen Partei *UK Independence Party* müssen sich auch die Tories mit Parteienkonkurrenz herumschlagen. Die Partei des redegewandten Vorsitzenden Nigel Farage, der aus Protest über den Maastricht-Vertrag die Tories verließ und 1993 UKIP gründete, hat sich über die Jahre zu einer möglicherweise dauerhaften Wahlalternative entwickelt. Farage ist seit 1999 Europaabgeordneter und nutzt seine Medienpräsenz, um klassische rechtspopulistische Anliegen anzubringen: Einwanderung, Kampf gegen »Sozialschmarotzertum«, Privilegien und den Verfall »britischer Werte«, antimuslimischen Rassismus, Flat Tax etc. Während UKIP auf nationaler Ebene bisher wenig in Erscheinung trat, konnte sie bei den Europawahlen 2014 27,5% erlangen und wurde damit stärkste Fraktion.

Mit ihren wesentlichen beiden Themen, Immigrationsstopp und EU-Ablehnung, hat sie nicht nur zwei der zentralen Themen des aktuellen Wahlkampfes vorgegeben, sondern auch beständig Camerons Regierung vor sich hergetrieben. Als Antwort auf die Stärke von UKIP hat Cameron deutlich seinen Kurs beeinflussen lassen und versprach im Falle eines Wahlsiegs der Tories ein Referendum über die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU. In den Umfragen liegt UKIP um die 15% (2010 waren es 3,1%). Für die Regierungsbildung wird UKIP aber keine relevante Rolle spielen, da sich dieses Ergebnis nur in etwa zwei bis vier Mandaten niederschlagen wird.

Einen Aufschwung erhoffen sich auch die *Grünen*, die in den letzten 12 Monaten konstante Umfragewerte von etwa 4 bis 7% erhielten. Mit den Europawahlen, bei denen die Grünen immerhin vor Libdems und der SNP auf dem vierten Platz landeten und drei der 73 Mandate erobern konnten, hat sich die Möglichkeit auf Etablierung einer grünen Partei in GB aufgetan. Im Parlament sind die Grünen seit 2010 jedoch erst mit einer Abgeordneten vertreten und eine Vergrößerung gilt als unwahrscheinlich. Bisher haben ökologische Themen im politischen Spektrum keine große Rolle gespielt und wurden von den etablierten Parteien anscheinend ausreichend abgedeckt. In der Krise politischer Repräsentation geht es bei den Grünen aber weniger um das Umweltthema als vielmehr um das Begehren nach einer neuen linken Partei, die das Establishment herausfordert.

Derzeit ist das angesichts von Forderungen nach Umverteilung, Postwachstumsökonomie und Nachhaltigkeit der Fall und sorgt für raschen Mitgliederzuwachs: Mit etwa 44.000 Mitgliedern zum Jahresende 2014 haben die Grünen UKIP überholt und liegen gleichauf mit den Libdems (cf. BBC 2015). Die aktivistische Dynamik wird zugleich aber auch von mangelnder Professionalität überschattet, die in teils peinlichen Interviews der Parteispitze zum Ausdruck kam. Ein mittelfristiger Aufstieg ist aktuell wohl nicht sehr wahrscheinlich, da die Partei zudem auch von Richtungskämpfen zwischen linken Grünen und nach Deutschland schielenden konservativen Grünen gezeichnet ist, die nicht dauerhaft im Zaum zu halten sein werden.

BILANZ DER REGIERUNG CAMERON

Umfragen über die Zufriedenheit mit der Regierung Cameron weisen keine große Begeisterung für das Bündnis von Konservativen und Liberaldemokratischer Partei aus. Zu Wahlkampfbeginn waren 59% der Wahlbevölkerung mit der Regierung unzufrieden, wobei höchstens Befragte mit privilegiertem sozialen Hintergrund eine geringfügig bessere Bewertung abgaben. Aus Camerons Regierungsprojekt der Vision der »Big Society«, dem Gegenbild zu »Broken Britain«, das immer schon mehr eine rhetorische Strategie zur Hervorhebung der Erneuerung der Tories als eine mit neuen Politiken verbundene Angelegenheit war (cf. Corbett/Walker 2012), ist nicht viel geworden, denn unter Cameron ist als wesentlichste Veränderung nur die Zunahme sozialer Ungleichheit bemerkbar. Eine Politik des sozialen Zusammenhalts lässt sich schwer mit harten Einsparungen erreichen, weshalb sich die Tories nun mit Visionen zurückhalten. Von der »Big Society«

zu sprechen, mutet heute, wie es ein konservativer Vordenker des Think Tanks »Demos« darstellt, wie eine »schauderhafte Rückblende« an ein peinliches Auftreten auf der Firmenfeier an (Wind-Cowie 2014).

Camerons Kurs ist zentral von Austerität bestimmt und begründet dies mit ökonomischen Erfordernissen. Wie bei allen konservativen Regierungen ist das Sparen aber in erster Linie Selbstzweck zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Gerade im Gesundheitsbereich sind die teils drastischen Folgen von Einsparungen (bei Betten, Leistungen und Personal) dermaßen sichtbar geworden, dass das Gesundheitssystem NHS zu einem der drei zentralen Wahlkampfthemen erhoben wurde und hinter den Einsparungen die Vorbereitung von Privatisierungen vermutet werden kann.

Die restlichen Sparmaßnahmen setzen sich vor allem aus breitgestreuten Kürzungen in der Wohlfahrt (Familienleistungen, Sozialtransfers, Sozialprogramme etc.), Beschäftigungsmaßnahmen (v.a. in der Qualifizierung und bei Programmen für Jugendliche und Schwervermittelbaren), öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur (Schließung von Bibliotheken und Parks, Investitionsboykott bei Gebäuden etc.), dem öffentlichen Verkehr, dem Bildungssystem (v.a. in der Kleinkindförderung, Senkung der Hochschulbudgets und Finanzierung durch Verdreifachung der Studiengebühren) und dem Militär. Darüber hinaus gab es Entlassungen und Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst sowie auch Privatisierungen (Royal Mail). Studien zeigen deutlich, dass der Austeritätskurs gerade untere Einkommensschichten mit hohen Verlusten trifft (Oxfam 2013), während Reiche kaum betroffen sind und in ihrer Reichtumsanhäufung durch die aktuelle Steuerpolitik zusätzlich begünstigt werden.

Eine wichtige Maßnahme der Regierung war die Senkung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen von 50 auf 45% mit dem Argument der Förderung von Leistung mit der Aussicht auf eine weitere Senkung auf 40%, die sich in der laufenden Periode nicht mehr erfüllen lies. Das Thema ist nicht nur aus symbolischen Gründen relevant, sondern auch wirtschaftspolitisch folgenreich. Steuerpolitisch hat es »New Labour« unter Blair und Brown verabsäumt, die Senkungen des Spitzensteuersatzes unter Thatcher und Major auf 40% rückgängig zu machen und erst unter Druck, das Thema der sozialen Ungleichheit zu behandeln, hob Brown 2010 (im Jahr der Abwahl) den Steuersatz wieder auf 50% an. Steuerschonung bei Reichen ist generell ein großes Anliegen der Tories,

wie sich auch anhand der Schließung von Finanzämtern und der Reduktion von Finanzbeamten deutlich zeigt. Großbritannien ist eines der ungleichsten Länder des Westens, was nicht zuletzt an der Dominanz des Finanzplatzes London im britischen Machtblock liegt. In der Ungleichheit wird Großbritannien nur mehr von den USA übertroffen. In der Zeit von 2010 bis 2014 hat sich die Zahl der britischen Milliardäre verdoppelt (von 53 auf 104), stieg das Vermögen der 1.000 reichsten Personen um 55% von 336 auf 519 Mrd. Pfund (cf. Sayer 2015: 14) und gab es einen Anstieg an Millionären um 30,5% alleine zwischen 2013 und 2014 (cf. Dorling 2014). Bereits 2011 zeigte sich bei Einkommen, dass die untersten 50% der Haushalte nur 18% des Gesamteinkommens beziehen, während die oberen 10% der Haushalte 33% abschöpfen (cf. Resolution Foundation 2013). Das rasche Auseinanderdriften bei Einkommen in Großbritannien, insb. unter Camerons Regierung, wird von der OECD bereits als wesentliche Hürde für Wachstum gesehen (cf. Elliott 2014).

WAHLKAMPF

Die Wahlkampfdynamik dreht sich stark um den ersten Platz und die Kampagnen der anderen Parteien wirken daher vor allem durch die Reaktionen, die sie bei Tories und Labour erzeugen. Die Libdems platzieren sich als Moderate zwischen den Stühlen und kritisieren konservativen Sparwahn wie auch sozialdemokratisches Schuldenmachen. Tatsächlich nützt dies aber zunehmend Labour, da sich Nick Clegg vermehrt von den Tories abgrenzt und im Wahlkampf bereits deren zukünftige umfangreiche Sparvorhaben durchsickern hat lassen, die er als absurd und ausschließlich ideologisch motiviert anprangert. UKIP kritisiert, dass die Großparteien die Einwanderung nicht ausreichend kontrollieren und die Grünen kämpfen um Aufmerksamkeit. SNP und Plaid Cymru brillieren bereits durch bloße Präsenz, setzen auf ihre inhaltlichen Botschaften und stellen Seriosität unter Beweis.

Camerons Konservative inszenieren sich als ausgewogene Retter in der Krise, die den Austeritätskurs als bittere Notwendigkeit darstellen, bessere Verhältnisse für die Zukunft versprechen und vor dem Chaos warnen, das im Falle eines Sieges von Labour droht. Sie setzen das Thema der Unwählbarkeit des Labour-Vorsitzenden Ed Miliband ins Zentrum (inklusive medialer Kampagnen mit warnenden Wirtschaftsmagnaten), haben aber kaum konkrete Projekte für eine Fortsetzung der Regierung anzubieten. Erst im Wahlkampf wurde das Thema der Steuererleichterungen für Besserverdienende in Form von Abschreibungen entdeckt. Cameron scheint

sonst einzig auf den Regierungsbonus und auf die konservativen Tendenzen der englischen WählerInnenschaft zu vertrauen, wirkt dabei regierungsmüde und hat unbedachterweise vor Wahlkampfbeginn bereits angekündigt, jedenfalls nur eine zweite und keine dritte Periode zu planen (cf. Mason/Watt 2015). Ohne Notwendigkeit wurden dabei von ihm bereits drei mögliche NachfolgerInnen aus der zweiten Reihe auserkoren³, deren Schritte seither auf mögliche Königsmordpläne geprüft werden. Für den Wahlkampf haben die Tories allerdings weitaus mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als Labour. Schätzungen sprechen von einem Verhältnis von 8–12 Mio. zu 19,5 Mio. Pfund. Im Unterschied zu den Torys ist Labour allerdings noch mit bis zu 5,7 Mio. Pfund aus früheren Zeiten verschuldet und würde im Falle der Bildung einer Minderheitsregierung einen möglichen zweiten Wahlgang im Herbst finanziell nur sehr schwer stemmen können. (Cf. Pickard 2015; Savage 2014) Zusätzlich können die Torys auf die Unterstützung des Großteils der Medienlandschaft zählen, insbesondere auf die Medien von Rupert Murdoch⁴, die bereits 1992 ein knappes Rennen unerwartet zugunsten der Tories unter John Major entschieden (Jones 2014: 88ff.).

Labour setzt dem auf Medienpräsenz beruhenden Tory-»Air War« den »Ground War« entgegen und plant, bis zum 6. Mai zahllose Hausbesuche zu absolvieren. Wahlkampfthemen sind die Rettung des NHS, Reichensteuern und Umverteilung, Anhebung des Mindestlohns, Kampf gegen die Energiekonzerne und ihre unverschämte Preispolitik (unter der vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen zunehmend leiden), Wohnbauprogramme und eine moderatere Budgetkonsolidierung. Ed Miliband macht sich in den Auftritten weitaus besser als allgemein erwartet, ist aber mangels akzeptabler Zustimmungsraten auf den Plakaten nicht zu sehen – stattdessen sieht man Cameron bei der Zerstörung des NHS, denn die Kampagne konzentriert sich auf den Sozialabbau der Regierung. Schon in der Wahl 2010 war auf dem zentralen Wahlplakat Cameron zu sehen, damals vor einem Sportwagen aus den 1980er Jahren mit der Warnung, dass Cameron das Land in vergangene soziale Spannungen zurückführen würde. Die Kampagne war mäßig erfolgreich und wurde außerdem von den Torys ausgeliehen, um Cameron als denjenigen zu präsentieren, der nun endlich den alten Sportwagen durchstarten könne.

ED MILIBAND

Als Miliband zum Nachfolger des glücklosen Gordon Brown gewählt wurde, ging ein Ruck durch die Medienlandschaft

und auch durch die Partei. Nach einem kontinuierlichen Einbruch der Mitgliederzahlen seit 1997 stiegen sie innerhalb weniger Monate wieder um 24% (+38.000 auf 194.000). Zeitungen schrieben (warnend oder auch begeistert) von »Red Ed« und dem Neustart der Partei. In der Zwischenzeit hat sich die Begeisterung bei den Ed-Fans eher gelegt, denn Miliband ist zweifelsohne nicht als klassische britische Führungsfigur auf der politischen Bühne erschienen. Konservative Medien beuteten Probleme des Auftretens von Miliband für negative Schlagzeilen aus, wobei auch in die unterste Schublade gegriffen wurde: So wurde Milibands Vater, der bekannte linke Intellektuelle und Politikwissenschaftler Ralph Miliband (1924–1994), in einer Artikelserie in der »Daily Mail« als sozialistischer Vaterlandsverräter präsentiert, der seinen Sohn zum Aufwiegler erzogen hätte.

Eine weitere Besonderheit war die Veröffentlichung von versteckt aufgenommenen Fotos von Miliband beim Verzehr eines Sandwichs unter Missachtung britischer Tischmanieren. Abseits von der Schlammschlacht wirkte Miliband jahrelang als eigenbrötlerischer und zaghafter Intellektueller mit medial unvorteilhaften habituellen Eigenheiten, dem die Verbindung von ideologischer Neuausrichtung, konkreten politischen Zielen und den Lebensverhältnissen der eigenen sozialen Basis nicht recht gelingt. Sein Parteivorsitz war stets von der Frage überschattet, ob nicht sein ebenfalls 2010 um den Vorsitz kandidierender Bruder David den Job besser gemacht hätte.

Kaum jemand würde bezweifeln, dass der ehemalige Außenminister David Miliband ein professionelleres Auftreten an den Tag legt. Davids Manko ist allerdings die starke Verbundenheit gegenüber dem alten Kurs der Partei, die er selbst immer wieder in Reden betont hat. Wenn David Miliband über politische Projekte und die Zukunft der Sozialdemokratie spricht, sind die Differenzen zu neoliberalen Denkweisen kaum merkbar, denn es handelt sich um Aneinanderreihungen von Aufrufen, wonach die Stärkung des (Sozial-)Staats veraltet wäre, die Selbstermächtigung der Individuen auf der Tagesordnung stehen müsse, und man der Wirtschaft Möglichkeiten der innovativen Modernisierung einräumen sollte statt die alten Sektoren der Vergangenheit (öffentlicher Sektor, Industrie etc.) zu stützen. In der Labour Party sind solche Positionen seit Tony Blair nichts Außergewöhnliches und David Miliband kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, im Spannungsfeld von Sozialismus und Liberalismus eher auf der Seite des linken Gordon Brown als des rechten Tony Blair zu stehen. Selbst bei allergrößter Betonung der Differenzen

zwischen Brown und Blair, die in der konkreten Politik unter Brown als Premierminister zwischen 2007 und 2010 nicht sichtbar geworden sind, zählt David Miliband aber zum innerparteilich abgewählten Projekt »New Labour«. In der starken Parlamentsfraktion der Partei war David Miliband bei der Abstimmung 2010 der klare Favorit, konnte aber gegen das Stimmgewicht der Gewerkschaften, die Ed Miliband favorisierten, nicht durchgesetzt werden.

Die Stimmverteilung bei der Wahl 2010 (cf. Pemberton/Wickham-Jones 2013) hat Miliband Vorwürfe aus der Parlamentsfraktion sowie auch der Medien eingeheimst, ein willfähriger Gewerkschaftsvertreter zu sein. Um diesem Vorwurf zu begegnen – und auch, um zumeist sehr kritische Stimmen in der Partei zu schwächen –, hat Miliband mittlerweile die unter Blair verschärfte Schwächung von Gewerkschaften durch das »One member, one vote«-Verfahren fortgeführt. Letztes Jahr wurde eine länger diskutierte Strukturreform der Partei beschlossen, die den Einfluss von Gewerkschaften weiter herabsetzt und Gewerkschaftsmitglieder nur bei deren ausdrücklicher Zustimmung als assoziierte Parteimitglieder zählt (cf. Wintour 2014).

Um die mit den »assozierten Parteimitgliedschaften« aus den Gewerkschaften verbundenen Mitgliedsbeiträge zumindest noch einige Jahre, insbesondere für den aktuellen Wahlkampf beziehen zu können, wurde gleichzeitig eine mehrjährige Übergangsfrist beschlossen. Die entmachteten Gewerkschaften, die sich begründeterweise als die historischen Gründerinnen der Partei verstehen, haben die Strukturreform wenig begeistert aufgenommen und entsprechend die Assoziationen bereits letztes Jahr drastisch herabgesetzt – alleine die Herabsetzungen aus den beiden Gewerkschaften Unite und GMB addieren sich dabei auf Beiträge für mehr als eine Million Mitglieder (cf. Watt 2014). Wie diese Einnahmenverluste ausgeglichen werden sollen, ist bisher unklar.

Die Strukturreform umfasst zwar auch innerparteilich positiv aufgenommene Schritte wie künftig durchzuführende Vorwahlen um Unterhaussitze und Bürgermeisterämter, allerdings lassen sich daraus kaum größere Finanzierungen lukrieren. Vorläufig springen noch Gewerkschaften des bedrohten öffentlichen Sektors mit Wahlkampfspenden ein (cf. Labourlist 2015), die Gräben vertiefen sich aber wieder und Gewerkschaften legen ihr Geld längst nicht mehr nur für Labour aus. Neben der Strukturreform hat Milibands Parteivorsitz Versuche zu programmatischer Erneuerung mit sich

gebracht, um sich wieder an die »Working Class« anzunähern. Bei detaillierter Betrachtung definieren sich die politischen Vorhaben der neuen Parteiführung aber immer noch stärker durch die Abgrenzung zu den Tories als durch eigenständige Maßnahmen. Besonders in der Debatte um die Austeritätspolitik wurde dies deutlich, als Labour einerseits Kürzungen kritisierte, aber andererseits nur über das Ausmaß der Kürzungen zu sprechen wusste. Um ökonomisches Gespür unter Beweis zu stellen und der Kritik drohender Schuldenberge unter einer Labour-Regierung zu begegnen, vertritt Labour mittlerweile im Wahlprogramm eine Art Schuldenbremse mit weitreichenden Folgen für die Budgetpolitik. Mangels eines Gegenprojekts gelang es in zentralen Bereichen bisher nicht, die Diskussion auf ein neues Terrain einer politischen Alternative zu verschieben. Versuche, ein allgemeines Gegenkonzept zu entwickeln, startete Miliband 2012 mit dem Label »One Nation Labour«.

ONE NATION LABOUR

»One Nation« war ursprünglich ein Slogan der Konservativen unter Benjamin Disraeli (1804–1881) mit dem eine Politik der Beförderung gesellschaftlichen Zusammenhalts und eines pragmatischen wohlfahrtsstaatlichen Paternalismus bezeichnet wurde. Innerhalb der Tories gibt es bis heute eine Strömung, die sich unter Bezugnahme auf Disraeli vom Thatcherismus abgrenzt und deren Vertreter unter dem Namen »Red Tories« laufen. Disraeli wurde regelmäßig auch von Blair oder von Cameron als Leitfigur gelobt, um den Anschein von ausgewogener Politik, Vision und Gerechtigkeit zu erwecken. Auch wenn Cameron Anleihen bei Disraeli nimmt, vertreten die Tories seit Thatcher allerdings eher die Idee von »Two Nations«, die zwischen zu fördernden Leistungstragenden und abzuschüttelnden Beitragsverweigernden (»Sozialschmarotzern« etc.) unterscheidet.

Die Bezugnahme Milibands auf »One Nation« lässt sich in etwa vergleichen mit den aktuellen Bezugnahmen auf den ursprünglich konservativen Slogan der »sozialen Marktwirtschaft« durch die SPD und soll einen politischen Mittelweg zwischen Neoliberalismus und Sozialismus aufzeigen. Kennzeichen dieser Strategie (cf. Atkins 2015; Finlayson 2015; Wood 2013) sind deutliche Anleihen bei Traditionen der ArbeiterInnenbewegung und bei den Errungenschaften der Vergangenheit, die Inszenierung von Labour als historischer Kraft der Befreiung der Untergeordneten und die Betonung der Werte von Gleichheit und Gerechtigkeit. Sie dient dazu, politische Einzelmaßnahmen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu ei-

nem Ganzen zu verbinden und eine neue Vision vorzugeben. Die Einzelmaßnahmen definieren sich durch kleinere, kurzfristig umzusetzende Umverteilungen bei Steuern, Gebühren sowie durch Investitionsprogramme, die auch im Wahlkampf plakatiert werden. Die Vision, deren Umsetzung allerdings nicht thematisiert wird, besteht in ökonomischen Interventionen zum Ausbalancieren der Wirtschaft (gemeint ist eine Relativierung der Bedeutung des Finanzsektors) und orientiert sich an Aspekten des deutschen Wirtschaftsmodells. Im Wesentlichen handelt es sich um eine pathosgeladene Rhetorik, die Verbindlichkeit nur im Rahmen einer Ethik des gemeinsamen Zusammenhalts und gemeinsamer Verpflichtungen in Abgrenzung zu Laissez-faire-Verantwortungslosigkeit herstellt.

Die neue Programmatik erfüllt effektiv auch einen anderen Zweck und repräsentiert dadurch geschickt die Partei in ihrer Gesamtheit: Die sprachliche Offenheit verbindet bisher eher verfeindete Parteiflügel und unvereinbare Interessen und sichert die innerparteiliche Kohäsion. Einerseits gelingt es, die linken Parteiteile rund um den Think Tank »Compass« sowie auch den dynamischeren neuen Flügel »Blue Labour« einzubinden, andererseits werden die Blair-AnhängerInnen rund um die Gruppierung »Progress« nicht verschreckt. Für die Linken enthält es den Kampf um soziale Gerechtigkeit und einen Bezug zum unter Blair verschmähten Begriff des »Sozialismus«, der aber nicht als Gegenmodell zum Kapitalismus zu verstehen ist, sondern als ergänzende ethische Grundlage zu einem »Kapitalismus für die Menschen«.

Obwohl Traditionsbezüge eine Abgrenzung zum Blairismus darstellen, präsentiert sich die Programmatik als Erweiterung und nicht als Bruch. Die meisten Entlehnungen entstammen der Gruppe »Blue Labour«, die sich durch eine Verbindung von Korporatismus, Kommunitarismus, Wohlfahrtsstaatsorientierung und konservativen Einschlägen (Thematisierung von Einwanderung, Kriminalität etc.) auszeichnet. Die Rhetorik von Ethik, Solidarität und Anerkennung ist ihr Markenzeichen und spielt die Hauptgeige, seitdem ihre Vordenker hohe Positionen in der Parteizentrale und im Wahlkampfteam bekleiden. In der Kombination aus Wertnostalgie und harmloser Zukunftsethik kann letztlich jedwede Politik problemlos gerechtfertigt werden und der Entfall an verbindlichen Erwartungen, die geweckt werden könnten, sichert das Ausbleiben von Kritik, die im Pathos eingelullt wird.

LABOURS PERSPEKTIVEN

Obwohl der Wahlkampf ein unsicheres Rennen um den ers-

ten Platz darstellt, scheint sich jedenfalls das Szenario abzuzeichnen, wonach es für Torys und Libdems keine Stimmenmehrheit geben wird. Damit würde die einzige Möglichkeit zur Fortsetzung der Regierung Cameron entfallen. Sollte der Abstand zwischen Torys und Labour bei einem ersten Platz für Cameron sehr gering ausfallen, ist außerdem fraglich, ob sich die Libdems nach ihrer (Selbst-)Zerstörung dafür hergeben würden oder nicht doch lieber einen Kurswechsel an der Seite von Labour vorziehen. Sollte Cameron deutlich auf dem ersten Platz landen und mit den Libdems eine Regierung ohne Mehrheit formieren und legitimieren können, ist ein zweiter Wahlgang mit verändertem Personal in den Großparteien im Herbst ziemlich sicher. Sollte Miliband auf dem ersten Platz landen, wird sich aller Voraussicht nach eine Regierung mit Unterstützung von SNP (und zusätzlich den Libdems, falls notwendig) ergeben.


Diese Möglichkeit besteht allerdings auch im Falle eines zweiten Platzes für Miliband. Miliband schlägt eine Koalition mit der SNP derzeit entschieden aus, um abtrünnigen Labour-Wählenden in Schottland die SNP-Wahl zu erschweren, wird aber letztlich ohne SNP-Unterstützung eines Labour-Kabinetts und daher Zugeständnisse in irgendeiner Form nicht auskommen können. Für Großbritannien, dem Koalitionspoker bisher fremd war, wird das Ergebnis jedenfalls eine Umstellung des politischen Systems mit sich bringen.

Eine komplizierte Koalitionskonstruktion würde für Miliband große Anstrengungen bedeuten: Einerseits wird erwartet, überzeugende Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Gleichheit gegen den starken Widerstand der Tories, Wirtschaftsinteressen und Medienmacht bei gleichzeitigen Angriffen von links (SNP, Plaid Cymru, Greens) durchzukämpfen. Andererseits wird Miliband überzeugende Leadership-Fertigkeiten nach innen und außen an den Tag legen müssen. Der Gegenwind von Torys und UKIP wird sich auf die Vorwürfe des Chaos (eintretende Koalitionstreits, Relativierung des Austeritätskurses), der Wirtschaftsfeindlichkeit (Reichensteuern) und des Vaterlandsverrats (Unterstützung durch die separatistische SNP, Absage des EU-Referendums etc.) konzentrieren. Ein Scheitern von Miliband würde viele Diskussionen über die Ursachen nach sich ziehen.

Die Argumentationslinien würden dabei Miliband selbst behandeln (sein Leadership, seine Authentizität etc.), das Fehlen von positiven Tönen im Wahlkampf (mehr »Hoffnung« statt negative Anprangerung, wie man es von Tony Blair

gewohnt war), das Fehlen effektiver Angriffe auf die links-nationalistische Parteienkonkurrenz (die völlig unterschätzt wurde) und neue Angebote für konservative WählerInnen (deutlichere Orientierung an den Mittelschichten). Erwartbare NachfolgerInnen für Miliband wären – neben einer allfälligen Inthronisierung von David Miliband, der sich 2013 aus der britischen Politik verabschiedete und nun in New York eine Hilfsorganisation leitet, durch den blairistischen Partei-Flügel – Schattenfinanzminister Ed Balls oder dessen Gattin und Schatteninnenministerin Yvette Cooper, die beide im Wesentlichen am aktuellen Parteikurs festhalten würden.

Die letztlich nicht wirklich überzeugende Lage von Labour trotz der geringen Begeisterung für die Konservativen lässt sich nur schwer auf Fehler in der Medienprofessionalität reduzieren. Labour hat zwar in der Programmatik einiges gelernt und thematisiert deutlicher als in den letzten beiden Jahrzehnten die wachsenden Ungleichgewichte in Wirtschaft und Gesellschaft, Kapitalmacht und soziale Ungleichheit, Fragmentierung der Gesellschaft und die Absenkung des Lebensstandards. Zugleich machen Programmatik und die politische Praxis darauf aufmerksam, dass Labour – ebenso wie die europäische Sozialdemokratie insgesamt – keine Antworten kennt, diese Ungleichgewichte zu beseitigen.

In der Vorstellung, dass die Mechanismen des globalisierten Kapitalismus schicksalhaft zu ertragen und nur im Aller-kleinsten, nämlich der Symbolik (symbolische Reichensteuern, symbolische Identitätspolitik: Anerkennung auch der ArbeiterInnenklasse als Beitragsleistende der Gesellschaft etc.), ausmanövrierbar wären, zeigt sich nicht zuletzt die Hartnäckigkeit des Neoliberalismus Schröder'scher und Blair'scher Prägung. Das Hochlebenlassen der Traditionen der Sozialdemokratie als historischer Kraft, das »One Nation Labour« in den letzten Jahren entwickelt hat, hat seine Attraktivitätsgrenzen dort, wo die Veränderungskraft nicht ausreichend sichtbar wird. Dann muss man sich darauf verlassen, dass der politische Gegner noch schlechter ist. In dieser Hinsicht wissen David Camerons Tories hoffentlich zu überzeugen. 

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

1. Faktisch reichen für eine stabile Mehrheit 323 der 650 Mandate aus, da die nordirische Partei Sinn Féin, denen in Umfragen (wie bei den Unterhauswahlen 2005 und 2010) fünf Mandate vorausgesagt werden, eine Politik des Abstentionismus verfolgt und sich an den Sitzungen des britischen Parlaments nicht beteiligt.
2. Alle Umfragedaten dieses Artikels sind den folgenden beiden Quellen entnommen, die jeweils aktuelle Umfragedaten sammeln und aggregieren: (1) www.may2015.com (Wahlanalyseseite des »New Statesman«) und (2) www.electionforecast.co.uk (Wahlanalyseprojekt der drei Politikwissenschaftler Chris Hanretty, Benjamin E. Lauderdale und Nick Vivyan).
3. Dabei handelt es sich um Camerons Freunde aus der Studierendzeit und der ultra-elitistischen Studierendenverbindung »Bullingdon Club«, Schatzkanzler George Osborne und Londons Bürgermeister Boris Johnson, sowie um Innenministerin Theresa May.
4. Die Medienmacht von Rupert Murdoch, einem interventionistischen Medieneigentümer zahlreicher Printmedien und Großinvestor, gehört in Großbritannien zu den ungeschriebenen Konstanten des politischen Systems. Tatsächlich stand Murdoch seit 1979 immer an der Seite der Macht bzw. konnte keine Regierung gegen seinen Willen an die Macht gelangen. Auch Tony Blairs Regierungsantritt hat Murdoch viel zu verdanken, da die Murdoch-Medien zwei Monate vor der Wahl 1997 unerwartet die Seiten wechselten und Blair hochjubelten, nachdem sich dieser ab Mitte 1995 an Murdoch anbot. Die Intimität zwischen Blair und Murdoch nahm groteske Züge an, als Blair bei einer pompösen Taufe einer Tochter von Murdoch im Jordanfluss als Taufpate fungierte. Zumal Murdoch nicht nur in Großbritannien eine Linie üblen Rechtspopulismus' vorgibt, löste das Bündnis in der Labour Party Kontroversen aus. Gordon Brown führte es weiter und sprach seine Politiken regelmäßig mit Murdoch ab. Nach dem Skandal um das Murdoch-Blatt »News of the World« 2011, das Mobiltelefone von PolitikerInnen abhörte, forderte Ed Miliband eine härtere Gangart gegen das Murdoch-Empire und ist seither einem harten »Dirty Campaigning« ausgesetzt.

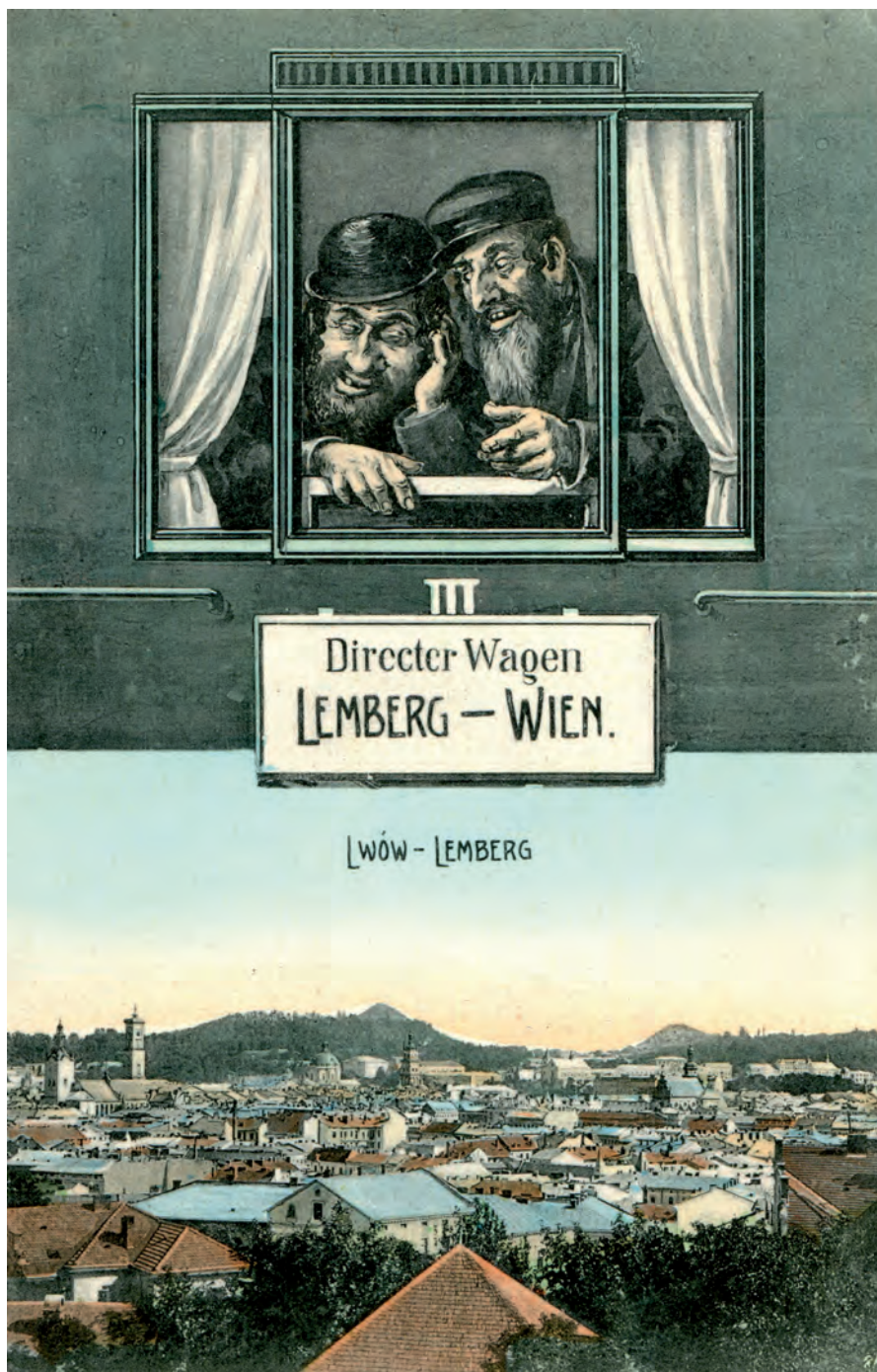
LITERATUR

Atkins, Judi (2015): Narrating One Nation: The Ideology and Rhetoric of the Miliband Labour Party; *Politics* 35(1); 19–31. | **BBC** (2015): Green Party says it has more members than UKIP; <http://www.bbc.com/news/uk-politics-30829222>; 08.04.2015 | **Corbett, Steve / Walker, Alan** (2012): The Big Society. Back to the Future; *The Political Quarterly* 83(3); 487–493 | **Dorling, Danny** (2014): Growing wealth inequality in the UK is a ticking timebomb; *The Guardian* 15.10.2014, online: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/oct/15/wealth-inequality-uk-ticking-timebomb-credit-suisse-crash>; 12.04.2015 | **Elliott, Larry** (2014): Revealed: how the wealth gap holds back economic growth; *The Guardian* 09.12.2014, online: <http://www.theguardian.com/business/2014/dec/09/revealed-wealth-gap-oecd-report>; 12.04.2015 | **Finlayson, Alan** (2013): From Blue to Green and Everything in Between. Ideational Change and Left Political Economy after New Labour; *The British Journal of Politics and International Relations* 15(1); 70–88 | **Finlayson, Alan** (2015): Labour's new identity politics; *Renewal* 23(1/2); 141–151 | **Jones, Owen** (2011): Chavs. The Demonization of the Working Class; London: Verso. **Jones, Owen** (2014): The Establishment. And how they get away with it; London: Penguin | **Labourlist** (2015): Unite donate £1.5 million to Labour's election campaign – and may donate more; online: <http://>

labourlist.org/2015/01/unite-donate-1-5-million-to-labours-election-campaign-and-may-donate-more/; 12.04.2015 | **Mason, Rowena / Watt, Nicholas** (2015): David Cameron rules out third term as prime minister; The Guardian 24.03.2015, online: <http://www.theguardian.com/politics/2015/mar/23/david-cameron-i-would-not-serve-third-term-as-pm>; 12.04.2015 | **McAngus, Craig** (2015): Party Elites and the Search for Credibility: Plaid Cymru and the SNP as New Parties of Government; The British Journal of Politics and International Relations 17(3) | **Oxfam** (2013): The true cost of austerity and inequality. UK Case Study. Online: <https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/cs-true-cost-austerity-inequality-uk-120913-en.pdf>; 12.04.2015 | **Parry, Katy / Richardson, Kay** (2011): Political Imagery in the British General Election of 2010. The Curious Case of »Nick Clegg«; The British Journal of Politics and International Relations 13(4); 474–489 | **Pemberton, Hugh / Wickham-Jones, Mark** (2013): Brothers all? The Operation of the Electoral College in the 2010 Labour Leadership Contest; Parliamentary Affairs 66(4); 708-731 | **Pickard, Jim** (2015): Conservatives set to outgun Labour on general election spending; The Financial Times 16.01.2015, online: <http://www.ft.com/cms/s/0/b53d7b66-975d-11e4-be9d-00144feabdc0.html#axzz3WkMLgfeHM>; 12.04.2015 | **Resolution Foundation** (2013): Squeezed Britain 2013; online: http://www.resolutionfoundation.org/wp-content/uploads/2014/08/Resolution-Foundation-Squeezed-Britain-2013_1.pdf; 12.04.2015 | **Savage, Michael** (2014): Tory war chest is three times size of Labour's; The Times 02.07.2014, online: <http://www.thetimes.co.uk/tto/news/politics/article4135972.ece?shareToken=543e69ea40ef95a889ae124a462574ac>; 12.04.2015 | **Sayer, Andrew** (2015): Why we can't afford the rich; Bristol: Policy Press | **Toynbee, Polly** (2015): No wonder the SNP are confident – the Tories behave as if they want Scotland gone; The Guardian 30.03.2015, online: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/mar/30/snp-confident-tories-want-scotland-gone>, 08.04.2015 | **Watt, Nicholas** (2014): Unite union cuts Labour funding by £1.5m; The Guardian 05.03.2014, online: <http://www.theguardian.com/politics/2014/mar/05/unite-cuts-labour-funding>; 12.04.2015 | **Wind-Cowie, Max** (2014): Is the big society dead?; New Statesman 43(5208), 02.05.2014; 12-14 | **Wintour, Patrick** (2014): Ed Miliband's Labour-union shakeup to «let people back into politics»; The Guardian 31.01.2014, online: <http://www.theguardian.com/politics/2014/jan/31/ed-miliband-labour-union-funding-shakeup>; 12.04.2015 | **Wood, Stewart** (2013): Explaining One Nation Labour; The Political Quarterly 84(3); 317-320

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM



ANTISEMITISCHE POSTKARTE, 1905

© Sammlung Aleksandr Korobov

Die Vereinbarkeit von Islam und Moderne

Muna Duzdar stellt die jüngst als Buch erschienenen Überlegungen der tunesischen Intellektuellen Latifa Lakhdar zur Vereinbarkeit von Islam und Moderne vor. Die im Februar zur Kulturministerin ihres Landes ernannte Feministin knüpft an eine seit den 1990er-Jahren gepflegten Diskurs in den Maghreb-Staaten an. Während in Europa das große Interesse an einer »Islamdebatte« oft rassistische und kulturalistische Schlagseiten hat, liegen Übersetzung der Bücher der »neuen Denker«, die sich um eine sozialwissenschaftliche Einordnung religiöser Lehren und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zur Stärkung säkularer Gesellschaften bemühen, nicht vor.

Die politischen Entwicklungen in der Welt tragen dazu bei, dass Fragen zur islamischen Religionslehre in Versatzstücken Teil gesellschaftlicher Debatten werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Thema ist allein schon deshalb erforderlich, um einen inhaltlichen Diskurs zu führen, der sich eindeutig von rassistisch motivierten Diskursen abgrenzt. Dabei ist es in Mitteleuropa keinesfalls notwendig, mit dem Gestus kultureller Überlegenheit, zu »missionieren«. Vielmehr bestehen in arabischen Ländern wie Tunesien, Algerien und Marokko schon seit Jahren Debatten zum Verhältnis von Islam und Moderne, die nutzbar gemacht werden könnten, deren Übersetzung bislang aber leider unterblieben sind.

Die sogenannte »Islamdebatte« in Europa und auch in Österreich wird regelmäßig durch Gewalt- und Terrorakte im Namen der Religion befeuert und unterstützt eine Gleichsetzung aller Muslime mit solchen Gewaltakten. Der Umstand, dass auch in unseren Breitengraden die bekannteste Terrororganisation »Islamischer Staat« oftmals ohne Anführungszeichen geführt wird und beim Sprechen nicht vom »sogenannten« Islamischen Staat die Rede ist, zeigt wie leicht es ist, Dinge durcheinander zu bringen. Auch die Diskussionen über die angebliche »Eigenart« des Islam als gewalttätige Religion lassen in der öffentlichen Debatte nicht nach und werden immer mehr zum Mainstream. Das birgt natürlich die große Gefahr des Generalverdachts gegenüber allen Muslimen, die selbst ja unterschiedlicher nicht sein könnten. Der Islam ist nicht nur in fast 60 Staaten der Welt vertreten und hat 1,5 Milliarden Anhänger; wie auch in anderen Glaubensrichtun-

gen sind viele Muslime schlicht und einfach nicht religiös und die Religion nur als kulturelles Erbe ihrer Vorfahren zu betrachten. Außerdem gibt es im Islam viele historisch gewachsene religiöse Ausrichtungen, wie Schiiten, Sunniten, Aleviten, Drusen, Ismailiten etc. Selbst wenn mit »Islam« nun aber nur die Mehrheitsmuslime der Sunniten angesprochen werden sollten, ist selbst innerhalb dieser Gruppe die Bandbreite zwischen Liberalen und Orthodoxen sehr groß.

Nun ist es wahr, dass sich die arabisch-islamischen Gesellschaften in den letzten 20 Jahren verändert haben, und dass auch die Bedeutung und der Stellenwert der Religion im Alltagsleben an Wichtigkeit zugenommen hat. Religion ist sichtbarer geworden, wiewohl die äußerliche Kleidung nicht immer religiös motiviert ist. In den sogenannten säkularisierten europäischen Gesellschaften ist daher auch durch die muslimische Migration Religion wieder zum Thema geworden. Die Diskussion beschränkt sich oftmals auf die Muslime, weil hier die Religiösität vielleicht sichtbarer ist, ein Blick in die Vereinigten Staaten zu den evangelikalen Bewegungen zeigt jedoch, dass die ideologische Rückkehr zu Religion kein ausschließliches Phänomen der arabisch-islamischen Welt ist. Dass das Bedürfnis nach Religion erstarkt ist, ist auch ein Ausdruck dafür, dass Menschen in einer Gesellschaft, in der alles nach Maßstäben des Marktes bewertet wird, nach immateriellen Werten suchen.

Während sich die politische Linke in einer ideologischen Krise und Defensive befindet und in vielen Ländern daran scheitert, politische Werte wie Solidarität, Gleichheit und

Gerechtigkeit glaubwürdig zu propagieren und durchzusetzen, stoßen religiöse Bewegungen in dieses Vakuum. In der arabisch-islamischen Welt sind die arabischen Nationalstaaten mit ihren politischen Eliten und ihren realsozialistisch angehauchten Modernisierungsprojekten gescheitert. Der Suche nach neuen Heilslehren, die eine bessere Welt versprechen ist hierdurch Tür und Tor geöffnet worden. Den Glauben, dass eine Rückkehr zu den Wurzeln der eigenen islamischen Geschichte und Religion besser sei, als die importierten westlichen Ideologien, haben religiös-politische Bewegungen in den arabisch-islamischen Ländern aufgegriffen und stark in der Bevölkerung verbreitet.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist Religion Privatsache. In einer pluralen demokratischen Gesellschaft soll jeder ein selbstbestimmtes Leben und selbstverständlich auch ein religiöses Leben führen können. Das Problem fängt jedoch dort an, wo Religion zum Dogma wird, wo Religion auf Gebote und Verbote reduziert wird, wo jedes Hinterfragen einen zum Häretiker macht und den Diskussionen innerhalb des religiösen Diskurses schnell Grenzen gesetzt sind. Dies führt natürlich unausweichlich zu einem autoritären Verständnis von Religion und letztlich zu einer Anfälligkeit für autoritäre Strukturen und Herrscher.

URSACHEN »RELIGIÖSER ERNEUERUNG«

In den arabisch-islamischen Ländern führen Intellektuelle seit den 1990er-Jahren eine Diskussion über die Ursachen der Verbreitung dieser sogenannten religiösen Erneuerung in der arabisch-islamischen Welt. Sie publizieren zu dem Thema und thematisieren den Islam, seine weiteren Entwicklungen und seine Anpassung an die Gegenwart und Moderne. Vor allem in den Maghrebstaaten propagieren mehrere Schriftsteller eine Reform des islamischen Denkens. Genannt seien an dieser Stelle Schriftsteller, Philosophen, Theologen und WissenschaftlerInnen wie den aus Algerien stammenden Mohamed Arkoun, die Tunesier Abdelmajed Charfi, Mohamed Charfi und Mohamed Talbi. Sie gelten in der arabisch-islamischen Welt als »neue Denker«, aber kein einziges ihrer Bücher ist in deutscher Sprache übersetzt.

Der 94-jährige Islamwissenschaftler und Philosoph Mohamed Talbi, der sich als freier Denker im Islam bezeichnet, erklärte im Übrigen vor wenigen Wochen im tunesischen Fernsehen, dass der Koran niemals den Konsum von Alkohol verboten hätte, sondern lediglich das Betrunkensein. Keine noch so weit gefasste Interpretation des Korans lasse ein

Verbot des Alkoholkonsums zu. Der Koran spreche vom Vermeiden und dem unerwünschten Konsum, nicht jedoch von einem Verbot. Dass jemand derartige Gebote und Verbote, die im Bewusstsein vieler Muslime stark verankert sind, hinterfragt, ist neu. Es verwundert auch keineswegs, dass diese Debatten in einem Land wie Tunesien stattfinden, da Tunesien als avantgardistisches Land in der arabischen Welt gilt. Es war das erste arabisch-islamische Land, das 1956 mit der Promulgation des tunesischen Personenstandgesetzes die Polygamie, die Zwangsehe sowie den ehelichen Verstoß abgeschafft und eine Reihe von Gesetzen im Bereich des Ehe und Familienrechts im Sinne der Gleichberechtigung der Frauen beschlossen hat, die von kostenloser Pille und Abtreibung bis zu Gesetzen des Gewaltschutzes der Frauen reichen.

Bisher waren es immer die islamistischen Bewegungen, die öffentliche Debatten über religiöse Vorschriften und religiöse Lebensweisen vom Zaun gebrochen haben, immer nur sie waren es, die in dem Bereich öffentlich meinungsbildend waren und so auch schrittweise mit ihren ideologischen Offensiven die öffentliche Meinung der Gesellschaft mehr als zwei Jahrzehnte geprägt haben. Die Reaktion der säkularen Intellektuellen in der arabisch-islamischen Welt, wo der religiöse Diskurs so dominiert, besteht nun darin, Fragen der Religion nicht allein der Deutungshoheit einer religiösen Orthodoxie zu überlassen. Vielmehr gelte es, die religiösen Schriften einer historischen und wissenschaftlichen Leseart zu unterziehen.

Die neue tunesische Kulturministerin Latifa Lakhdar, eine ideologisch im Linksspektrum angesiedelte Universitätsprofessorin und Historikerin an der Universität Tunis, ist eine von diesen Intellektuellen, die zum Thema Reform des islamischen Denkens publiziert. In ihrem 2013 erschienenen Buch »De quoi Demain sera-t-il-fait? Le monde arabo-musulman fait sa revolution« (»Was wird morgen sein? Die arabisch-islamische Welt macht ihre Revolution«) vertritt sie die Auffassung, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften eine neue moderne wissenschaftliche Leseart der religiösen Schriften ermöglichen müssten, weder um die Menschen in ihrer Religiosität zu stärken, noch um sie unangenehm damit zu konfrontieren, sondern um zur Religion eine Beziehung kritischen Wissens zu etablieren.

Es geht um eine freie und distanzierte Beziehung mit dem Ziel, die Religion durch eine Dekonstruktion des Dispositivs der Sakralisierung – die durch theologische Arbeit zustande gekommen ist, um sich in eine Sphäre des Absoluten zu be-

geben – zu neutralisieren, da Religion in seiner menschlichen und relativen Dimension nicht zu verkennen ist. Durch diese Auseinandersetzung wird die Frage des Religiösen so gestellt, dass sie ihm den Zugang zur Moderne ebnet. Die sozialen Folgen, die eine Säkularisierung der islamischen Gesellschaften zur Folge hätte, könnten zu einer schweren Krise der islamischen Orthodoxie führen, mit dem Ziel, diese zu restrukturieren.

Sie beschreibt in ihrem Buch die Ursachen für den Aufstieg der islamistischen Bewegungen in der arabisch-islamischen Welt und die Gründe für die religiöse Erneuerung in einem politisch-hegemonialen Sinne. Die arabisch-islamischen Gesellschaften haben sich gewandelt. Die Bedeutung und der Stellenwert der Religion in der Gesellschaft ist heute ein anderer als noch vor 20 Jahren. Religiöse politische Bewegungen konnten aufgrund der herrschenden politischen Verhältnisse reüssieren und die Gesellschaften dann auch kulturell verändern.

Die autoritären arabischen Staaten haben diese Bewegungen begünstigt, doch es ist klar, dass die Überlassung der Interpretation der religiösen Quellen des Islam (Koran, Sunna) an eine konservative religiöse Orthodoxie ein schwerer Fehler ist und war. Die islamische Orthodoxie und die religiöse Exegese hätten sich in den Jahrhunderten nach der Offenbarung unter dem Einfluss der Herrschaftsinteressen nämlich einseitig kodifiziert und dank der Mitarbeit der religiösen Rechtsgelehrten/Ulemas unangreifbar gemacht. Lakhdar versucht, diese Sklerose der Koraninterpretation von innen aufzubrechen, in dem sie die historisch-anthropologischen Grundlagen der Schriften des Heiligen Buches aufzeigt. Dabei geht es ihr nicht um eine Konfrontation mit den islamischen Theologen, sondern um eine neue, auf Basis der Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaften beruhende Lesart. Diese sei als Ergänzung zur theologischen Exegese zu verstehen und strebe in keiner Weise an, zu dieser in Konkurrenz zu treten. Sie sollte lediglich dazu beitragen, den Theologen die Anpassung an die Moderne zu erleichtern und den traditionalistischen Ballast abzuwerfen, der die der Religion inhärente Spiritualität verdeckte.

Die tunesischen Intellektuellen sind bestrebt, das islamische Denken zu aktualisieren und es in einen modernen Universalismus zu integrieren, in eine Gegenwart, die durch eine Offensive bedroht ist, welche seit 20 Jahren in Gange ist und eine Strategie der kulturellen Hegemonie verfolgt. Die

islamistischen Bewegungen versuchen, die muslimischen Gesellschaften zu dominieren indem man sie auf die rudimentärste Grundlage dieser Religion reduziert. Diese Hegemonie drückt sich durch einen Diskurs aus, der versucht, die sozialen Beziehungen zu theologisieren, und eine Religiösität vorzuschreiben, die die Muslime dazu bringen soll, jeden Tag neuerlich auf die ihre intuitive Versöhnung und ihre liberalen Ansichten zu verzichten, wie zum Beispiel die Beziehung zwischen nationaler Kultur, Modernität und religiösem Bewusstsein. Diese Entwicklung gäbe den lokalen Intellektuellen das Gefühl des Scheiterns, da sie geglaubt hatten, dass die religiöse Frage anhand einer säkularisierenden Politik der postkolonialen Staaten in der arabischen Welt definitiv gelöst worden wäre.

Es sind naturgemäß immer die Religiösen bzw. die religiösen Gelehrten, die als Interpreten über eine Deutungshoheit von Religionen verfügen. Das erscheint zwar logisch, aber diese Entwicklung, schreibt Lakhdar, habe dazu geführt, dass sich seit zwanzig Jahren islamistische Bewegungen manifestieren, welche sich an einer Vergangenheit orientieren, um eine absolute religiöse Kultur zu verbreiten. Diese Entwicklung ist insofern beunruhigend, als sie versucht, 200 Jahre Reform und kulturelle und soziale Säkularisierung zurückzudrehen und an ihre Stelle, Normen längst vergangene Zeiten zu setzen.

TÖCHTER GEGEN IHRE MÜTTER

Die Beobachtung der arabisch-islamischen Gesellschaften vor dem Ausbruch der jüngsten Revolutionen zeigt, dass bereits eine distanzierte Haltung eines großen Teils der Bevölkerung zur säkularen sozialen Ordnung in der sie gelebt haben, bestanden hatte. Sie distanzieren sich vom säkularisierten Teil der Gesellschaft nach der Unabhängigkeit ihrer Staaten. Eine solche Haltung ist Ausdruck einer Veränderung, eines Generationskonfliktes, den Lakhdar als Haltung »Töchter gegen ihre Mütter« zusammenfasst. Es ist Ausdruck einer Rückkehr und Verschiebung von Werten hin zu einer mumifizierten und hochgelebten Vergangenheit.

Diese neuen Gläubigen geben sich nicht mit einem Islam zufrieden, der seit Generationen von ihren Vorfahren weitergegeben wird, sondern optieren für den neuen militanten Islam, der sich durch die Reden der neuen Prediger manifestiert. Natürlich sind diese Phänomene auch Ausdruck sozialer Konflikte. Alle diese Entwicklungen bestanden schon vor dem Ausbruch der arabischen Revolutionen der letzten Jahre und

sie sind weniger der propagandistische »Erfolg« der nationalen islamistischen Bewegungen, als viel mehr Folge von mehr als 50 religiösen Sattelitensendern, welche mit einer Rhetorik vergangener Zeiten und emotionalen Manipulationen spielen. Die letzteren sollen durch Drohungen Schuldgefühle unter den Muslimen wecken und ihnen die Freuden des Paradieses vorführen. Lakhdar bezeichnet dieses Vorgehen als sektenhaft, in der der Vernunft kein Platz mehr eingeräumt wird. Dieser Prozess der geistigen religiösen Verarmung wird von den Predigern der Sattelitensender und den Gurus, die historisch den Islam nur anhand der rudimentärsten und dürtigsten Aspekte definieren, verbreitet.

Die Prediger werden nicht hinterfragt, auch nicht hinsichtlich welcher Kriterien sie befugt sind, zu predigen. Es handelt sich um eine Rückkehr zu einer mythologisierten, erstarrten Vergangenheit, geprägt von Normen, die die Reproduktion von Verhalten und Gesten, die des Propheten, seiner Ehefrauen, seiner Weggefährten und der Gefährten der Gefährten, der Theologen des 13. Jahrhunderts und die der des 15. Jahrhunderts, wie Ibn Kathir, Ibn Aquil, Ghazali, Ibn Taymia oder andere Referenzen propagieren, und das alles abstrahiert von dem Wissen und der Wissenschaft, die das Denken dieser Personen geprägt hat. Den Muslimen wird von diesen Predigern suggeriert, dass die Vergangenheit nicht mehr Geschichte, sondern nur Glaube und Wahrheit ist.

Diese kulturelle Hegemonie von religiös-politischen Bewegungen in den arabisch-islamischen Gesellschaften ist auf eine Fülle von Versäumnissen zurückzuführen, insbesondere die Unfähigkeit der Nationalstaaten, die Gesellschaft in ihr modernistisches Projekt einzubinden. Vor allem das Scheitern des Staates, ein anderes Bewusstsein zu schaffen als ein religiöses, beispielsweise ein Bewusstsein nach sozialer Stellung. Es konnte sich hierdurch kein kollektives Bewusstsein einer »citoyenneté«, einer Zugehörigkeit zu einer Republik oder zu rechtsstaatlichen Tradition herausbilden. Nationalistische Eliten standen an der Spitze des Staates in Folge der nationalen Befreiungsbewegungen von kolonialer Herrschaft und die autoritären Staaten monopolisierten das soziale Modernisierungsprojekt sowie den gesamten politischen Raum.

Diese autoritären Staaten hatten keine Freiheiten zugelassen und so die Bildung von ziviler Gesellschaft unterbunden, sie hatten die religiöse Orthodoxie der staatlichen Kontrolle unterzogen, um sie zu neutralisieren, hierdurch jedoch verhindert, dass sich ein freies kritisches Denken entwickelte,

dass für eine Aktualisierung der Religion notwendig gewesen wäre. Das Zulassen von politischer Freiheit hätte das Unternehmen einer Säkularisierung der Gesellschaft glaubwürdiger gemacht. Die Krisen dieser autoritären Einparteien-Staaten hätten aber auch dazu geführt, dass sie begannen, ihr Verhältnis zu Religion zu überdenken, um sich mehr Legitimität in der Bevölkerung zu verschaffen. Sie begannen sich immer mehr religiöser Symbolik bedienen, wie z.B. die Unterbrechungen der Radio- und Fernsehsendungen, um an das Gebet zu erinnern, die Erlaubnis im staatlichen Fernsehen, religiöses Programm auszustrahlen, die steigenden Zahlen der unter den Diktaturen gebauten Moscheen. Das Projekt der Islamisten wurde durch diese Entwicklung in den letzten 20 Jahren begünstigt. Der religiöse Fundamentalismus wurde vom Staat – ohne sich politisch dazu zu bekennen – begünstigt.

Von nicht-religiösen Kräften ist die Religion immer ignoriert worden, dadurch ist der Islam nie einer historischen und wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen worden. Die Generation der 70er-Jahre sei sehr stark von einer positivistischen Vision geprägt gewesen, in der Religion lediglich als im Verschwinden begriffenes Überbauphänomen gesehen wurde. »Die kritische Auseinandersetzung mit der religiösen Tradition unterblieb daher und so kam es, dass die verschiedenen, wenig strukturierten Klassen in der arabischen Gesellschaft einen »historischen Block« bildeten, der von der Religion zusammengehalten wird.«¹

Lakhdar argumentiert, dass der westliche Zugang zum Islam geprägt sei durch Ausschluss, Gleichgültigkeit und Ignoranz, eine Haltung, die man selbst bei den größten europäischen Sozialwissenschaftlern der Moderne wiederfinde, die dem Islam weniger Platz einräumen als etwa den Indianern Amerikas. De facto ignoriert von Karl Marx und Max Weber, sei gerade dieser Ausschluss der Grund für das Verkennen des Beitrages der arabisch-islamischen Kultur zum »intellektuellen Universalismus«. Für Alain de Libera sei Ibn Rochd (Avoerres) immerhin das zentrale Element für das intellektuelle Dispositiv gewesen, das dem europäischen Denken den Aufbau seiner philosophischen Identität erlaubt habe.

Der positive Beitrag der klassischen islamischen Vernunft für die als europäisch bezeichnete Rationalität werde oftmals ignoriert. Es wird vergessen, dass Avoerres ein Produkt des Islams im Sinne von Kultur und Zivilisation war. Der Islam sei jedoch im Stande gewesen, eine große Kultur zu erfinden und eine glorreiche Zivilisation zu gründen. Jedoch werde


die islamische Kultur seit dem 13. Jahrhundert, bedingt durch politische externe Faktoren wie der Mongoleninvasion und des Einfalles der Timuriden, gefolgt von jahrhundertelanger osmanischer Herrschaft bis in die Neuzeit, von rückschrittlichen Kräften getragen und hat hierdurch seinen städtischen, kultivierten Charakter verloren, er fiel, erschöpft durch die vielen Kreuzzüge zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, in die »Beduinisierung« zurück.

Eine Ideologie der Integration und Expansion wird durch eine defensive Ideologie fortan ersetzt, eine lokale Scholastik, die die zu kritische konkurrierende Vernunft, eliminiert habe. Die religiöse Frage werde seit dem 14. Jahrhundert durch die einzige Kaste der Ulemas, der islamischen Rechtsgelehrten, konfisziert und eingeschränkt.

Dieser kulturelle Bruch erscheint Lakhdar wesentlich, denn der zeitgenössische Islam lebt vom Erbe dieser negativen Epoche, die im totalen Bruch mit dem klassischen, kreativen Islam stünde und bis zum heutigen Tag seine Zukunft einem beduinischen Islam der Hanbaliten anvertraut. Sie spricht von einem Islam der Wüste, wo »die Wüste doch der beste Feind von Pluralismus und ein kultureller Feuerlöscher sei«. Die Ironie der Geschichte ist für sie, dass gerade diese Repräsentanten des Islams »pur« et »dur«, rein und hart, jene seien, die seit 1945 von den westlichen Staaten unterstützt wurden. Ein rückwärtsgewandter Islam sollte bewahrt und gestärkt werden, um ihn gegen politisch-ideologische Projekte, die für die Interessen und der Hegemonie des Westens schädlich sein könnten, zu richten. Heute wird diese lange Zeit geförderte Islamrichtung in kulturalistisch-rassistischen Debatten als der »typische« Islam verdammt.

»Der Hauptteil von Latifa Lakhdhars Essay ist einer historischen Lesart der Rolle der Frau im Islam gewidmet. Der in der Reihe der Monotheismen zuletzt gekommene Islam sei, betrachte man seine Entstehung, sozusagen das Auffangbecken der jüdisch-christlichen misogynen Vorurteile. Wobei es ihm aber gelang, ohne die frauenfeindlichen Allegorien der Entstehung der Frau aus der Rippe des Mannes, oder der Verführung durch die Schlange im Paradies auszukommen. Der Koran enthielte in vielen seinen Suraten hingegen deutliche Hinweise auf die Gleichheit der Geschlechter und stehe so im Bruch mit den damals in Arabien herrschenden sozialen Verhältnissen. Aber es gibt auch Kontinuität, denn wichtig für ein emanzipatorisches Verständnis der Schrift sei, dass sie sich nicht an den abstrakten Menschen richtete, sondern an die

historischen Bewohner der arabischen Halbinsel. So seien die zahlreichen androzentrischen Elemente auf die allgemein im Mittelmeerraum herrschenden patriarchalen Strukturen und die weitreichende Bedeutung kriegerischer Unternehmen zurückzuführen. Der Islam der Gründerzeit entspräche daher hinsichtlich Polygamie, Scheidung (Verstoßung), Benachteiligung im Erbrecht, Verhüllung (Schleier) etc. durchaus den damals geltenden Werten, wobei aber in allen diesen Bereichen signifikante Verbesserungen im Sinne eines Mindestschutzes der Frauen zu finden sind. Demgegenüber hätte in der Folge die Rechtspraxis der Ulemas die Vormachtstellung der Männer weiter ausgebaut und zementiert, eine Tendenz, die bis in die Gegenwart andauert, und heutzutage mit gewaltigen medialen Aufwand über das wahabitische Satellitenfernsehen propagiert wird.«²

Gelänge es aber, so die Autorin, die Historizität in der Offenbarung und darüber hinaus in den nachgeordneten Werken von Sunna, Hadith und Scharia deutlich zu machen, wäre einer Neuinterpretation der theologischen Exegese im Sinne einer besseren Kompatibilität mit der Moderne der Weg bereitet. Damit kann auch den radikalen Muslimbrüdern und Salafisten, die die Schriften aus dem Mittelalter buchstäblich beim Wort nehmen, auf ideologisch-theologischer Ebene begegnet werden. Lakhdhars kulturelle Auseinandersetzung mit dem Islam auf Basis einer historisch-kritischen Lesart der grundlegenden Schriften weist dazu den Weg. 

MUNA DUZDAR

ist Rechtsanwältin und Wiener Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin. Im Rahmen ihres internationalen Engagements beschäftigt sie sich besonders mit Fragen der politischen Entwicklung in Tunesien.

Das Buch von Latifa Lakhdar »De quoi Demain sera-t-il-fait? Le monde arabo-musulman fait sa revolution« ist 2013 erschienen und zum Preis von € 14,- im Versandhandel erhältlich.

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM



KAUFHAUS »MAGNUS« IN LEMBERG, 1913
© Sammlung Irina Kotlobulatowa



EUROPAS TRAUM, 1994
Yurko Koch, © Sammlung Olga Prohibna-Koch

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM



Alles Juncker

Die neue EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker hat am 1. November 2014 ihr Amt angetreten. Mit neuer Geschäftsverteilung, klaren politischen Leitlinien und einem überraschend schlanken Arbeitsprogramm stellt man sich kommenden Herausforderungen. Stefan Brocza stellt Struktur, Arbeitsweise und Programm der Kommission dar.

Trotz massiver britischer Gegenwehr nominierten die EU-Staats- und Regierungschefs am 27. Juni 2014 den früheren Luxemburger Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsidenten. Entgegen der auf europäischen Gipfeltreffen normalerweise angestrebten Harmoniesucht (Stichwort: Brüsseler Formelkompromiss) fand diesmal ein »politisches Blutbad« (Zitat Frankfurter Allgemeine Zeitung) statt. Der britische Premierminister David Cameron hat im Vorfeld des Gipfels die Auseinandersetzung so auf die Spitze getrieben, dass diesmal kein Kompromiss mehr möglich war bzw. angestrebt wurde. Der von ihm eingeforderte Kompromiss kam einem Vetorecht für das Vereinigte Königreich gleich. Ein solches sieht das geltende Europarecht jedoch nicht vor. Artikel 17 des EU-Vertrags legt vielmehr fest, dass die Nominierung mit »qualifizierter Mehrheit« erfolgt. Dafür sind 15 Staaten und 260 von insgesamt 352 gewichteten Stimmen im Rat notwendig.

Das Vereinigte Königreich hat jedoch – wie jedes große Mitgliedsland – lediglich 29 Stimmen. Von einer vertraglichen Sperrminorität ist das meilenweit entfernt. Die im Vorfeld angestellten Versuche, diese klare Regel in Frage zu stellen (unter anderem unter Hinweis auf angebliche historische Usancen), verliefen im Sand. Die vom Vereinigten Königreich eingeschlagene Taktik ging nicht auf, im Gegenteil: Schlussendlich hatte sich Cameron ins europapolitische Out katapultiert. Lediglich Ungarns Ministerpräsident blieb an seiner Seite und stimmte ebenfalls gegen Juncker.

Am 10. September 2014 stellte Juncker sein Team und die neue Struktur der nächsten Europäischen Kommission vor. Dabei wurden auch gleich die großen politischen Herausforderungen Europas benannt: Wiedereingliederung von Men-

schen in den Arbeitsmarkt zu annehmbaren Bedingungen, Ankurbelung der Investitionstätigkeit, Verbesserung der Kreditversorgung der Realwirtschaft, Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts, eine verlässliche Außenpolitik und die Gewährleistung, dass Europa in puncto Energieversorgungssicherheit auf eigenen Füßen steht. Juncker erklärte bei dieser Gelegenheit:

»In so schwierigen Zeiten wie diesen erwarten die europäischen Bürgerinnen und Bürger von uns, dass wir Ergebnisse erzielen. Nach Jahren wirtschaftlicher Schwierigkeiten und oft schmerzhafter Reformen erwarten die Europäer eine leistungsfähige Wirtschaft, nachhaltige Arbeitsplätze, mehr sozialen Schutz, sicherere Grenzen, Energieversorgungssicherheit und die Ausschöpfung der digitalen Möglichkeiten. Heute stelle ich das Team vor, das Europa wieder auf den Weg zu Beschäftigung und Wachstum bringen soll. In der neuen Europäischen Kommission folgt die Form der Funktion. Wir müssen offen für Veränderungen sein. Wir müssen zeigen, dass die Kommission zu Veränderungen fähig ist. Ich stelle Ihnen heute eine politische, dynamische und effiziente Europäische Kommission vor, die Europa einen neuen Anfang geben will. Ich habe die Ressorts Menschen und nicht Ländern zugewiesen. Ich schicke 27 Spieler aufs Feld und jeder von ihnen hat eine bestimmte Rolle zu spielen – das ist meine Siegermannschaft.«

POLITISCHE AUSGEWOGENHEIT

14 Kommissionsmitglieder gehören der Europäischen Volkspartei (EVP) an, 8 der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D), 5 der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ADLE) und einer der Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (ECR). Bei den Vizepräsidenten

zeigt sich folgende Parteienverteilung: Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Erste Vizepräsident gehören der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) an, drei Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei (EVP) und zwei der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ADLE).

NEUE ARBEITSWEISE

Die neue Kommission hat sieben Vizepräsidenten: sechs Vizepräsidenten sowie gemäß EU-Vertrag die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Federica Mogherini). Jeder der sieben leitet ein Projektteam und dabei die Arbeit einer Reihe von Kommissaren leiten und koordinieren, wobei sich die Zuordnung der Kommissare ändern kann, wenn die Entwicklung neuer Projekte dies im Laufe der Zeit erfordern sollte. Der Zuschnitt der Projektteams trägt den Politischen Leitlinien Rechnung. So gibt es zum Beispiel die Projektteams »Arbeitsplätze, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit«, »Digitaler Binnenmarkt« und »Energieunion«.

Dies soll eine dynamische Interaktion aller Mitglieder des Kollegiums ermöglichen und das Schubladendenken und statische Strukturen aufbrechen. Die Vizepräsidenten werden somit echte Stellvertreter des Kommissionspräsidenten sein. Juncker stellte jedoch auch klar: »In der neuen Kommission gibt es keine Kommissare erster oder zweiter Klasse – sie sind Teamleiter und Teammitglieder: ganz im Geiste der Kollegialität und gegenseitigen Unterstützung. Ich möchte das Schubladendenken aufbrechen und in Bereichen, in denen Europa wirklich etwas bewegen kann, eine neue Art der Zusammenarbeit, einführen.«

WICHTIGE NEUERUNGEN

Ein Erster Vizepräsident (Frans Timmermans) ist die rechte Hand des Präsidenten. Erstmals wird es damit einen EU-Kommissar für Fragen der besseren Rechtsetzung geben, der sicherstellt, dass jeder Kommissionsvorschlag wirklich erforderlich und nur auf Ziele ausgerichtet ist, die nicht durch die Mitgliedstaaten besser erreicht werden könnten. Der Erste Vizepräsident hat zudem eine Art Wächterfunktion über die in der Grundrechtecharta verankerten Werte und die Rechtsstaatlichkeit in allen Tätigkeiten der Kommission.

Das neue Ressort Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU soll die Schaltzentrale der Realwirtschaft werden. Erstmals werden auch die kleinen und mittleren Un-

ternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, ausdrücklich genannt. Das neue Ressort Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll soll dafür sorgen, dass die Unionspolitik in den Bereichen Steuern und Zoll fester Bestandteil einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion werden und zum reibungslosen Funktionieren des allgemeinen Rahmens der EU für die wirtschaftspolitische Steuerung beiträgt. Neu ist auch ein starkes Verbraucherressort. Die Verbraucherpolitik ist nicht mehr auf verschiedene Portfolios verstreut, sondern spielt gebündelt eine wichtige Rolle im Portfolio der EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung. Wie Juncker schon in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014 ankündigte, hat er ein Ressort für Migration geschaffen, um gezielt eine neue Migrationspolitik voranzubringen, die zum einen energische Maßnahmen gegen unregelmäßige Zuwanderung vorsieht und zum Europa für hochqualifizierte Fachkräfte attraktiver machen soll.

Eine Reihe von Portfolios wurde neu zusammengestellt und gestrafft. So wurden die Bereiche Umweltschutz, Meerespolitik und Fischerei zusammengelegt, um das »blaue« und das »grüne« Wachstum zusammenzuführen. Umweltschutz und der Schutz der Meere können und sollten eine entscheidende Rolle spielen, wenn es um die Schaffung von Arbeitsplätzen, den schonenden Umgang mit Ressourcen und die Wachstums- und Investitionsförderung geht. Umweltschutz und die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit sollen dadurch Hand in Hand gehen, denn bei beidem geht es um eine nachhaltige Zukunft. Von denselben Erwägungen wurde die Entscheidung bestimmt, ein Kommissionsmitglied mit den Bereichen Klimapolitik und Energie zu betrauen. Den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen, ist nicht nur eine Frage verantwortungsvoller Politik zur Bewältigung des Klimawandels, sondern auch in der Industriepolitik unerlässlich, wenn Europa sicherstellen will, dass mittelfristig erschwingliche Energien zur Verfügung stehen. Die beiden neuen Ressorts unterstützen das Projektteam Energieunion.

Der Schwerpunkt des Ressorts Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen liegt neben der Verstärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf der Fortsetzung der Erweiterungsverhandlungen, wohl wissend, dass in den nächsten fünf Jahren, wie von Präsident Juncker in seinen Politischen Leitlinien ausgeführt, keine Erweiterung der Europäischen Union erfolgen wird: »Die EU muss bei der Erweiterung eine Pause einlegen, damit wir konsolidieren

können, was die 28 Mitgliedstaaten erreicht haben. Unter meiner Präsidentschaft der Kommission werden deshalb die laufenden Verhandlungen fortgeführt, da insbesondere die westlichen Balkanstaaten weiter eine europäische Perspektive brauchen, es wird aber in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben.«

Im neuen Ressort Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion sind die vorhandene Ressortkenntnis und die Verantwortung an einer Stelle, in einer neu geschaffenen Generaldirektion, gebündelt. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Kommission weiterhin aktiv dafür sorgt und streng darüber wacht, dass die neuen Aufsichts- und Abwicklungsregeln für Banken umgesetzt werden.

DIE HOHE VERTRETERIN DER UNION FÜR AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Federica Mogherini) ist Europas »Außenministerin« und als solche für die Außenpolitik der Europäischen Union sowie die Vertretung der Union in Drittländern und internationalen Organisationen zuständig. Sie hat laut den Verträgen einen Sonderstatus, da sie die Mitgliedstaaten als Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik repräsentiert und zugleich die Kommission als eine ihrer Vizepräsidenten. In der Kommission wird die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin für das Projekt »Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne« zuständig sein, das bei der Steuerung sämtlicher Tätigkeiten der Kommission im Bereich Außenbeziehungen hilft.

Damit die in der Kommission verfügbaren Instrumente wirksamer kombiniert werden, wird die Hohe Vertreterin die Arbeit lenken und koordinieren, insbesondere die der Kommissionsmitglieder für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, für Handel, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement. Als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission muss die Hohe Vertreterin in vollem Umfang im Kollegium der Kommissionsmitglieder mitwirken. Um dies zu ermöglichen, kann sie – wenn sie es für notwendig erachtet – den Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen und andere Kommissionsmitglieder damit betrauen, sie in Bereichen, in denen die Kommission zuständig ist, zu vertreten. Auf diese Art und Weise soll die Hohe Vertreterin ihre Bemühungen auf die wirklichen geopolitischen Herausforderungen konzentrieren.

ÄNDERUNGEN AN DER ORGANISATION DER KOMMISSION

Nach Artikel 17 Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union ist das Recht, die Arbeit der Kommission zu organisieren, ein Vorrecht ihres Präsidenten: »(6) Der Präsident der Kommission a) legt die Leitlinien fest, nach denen die Kommission ihre Aufgaben ausübt, b) beschließt über die interne Organisation der Kommission, um die Kohärenz, die Effizienz und das Kollegialitätsprinzip im Rahmen ihrer Tätigkeit sicherzustellen, c) ernennt, mit Ausnahme des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die Vizepräsidenten aus dem Kreis der Mitglieder der Kommission.« Juncker nimmt also nur die ihm zustehenden Rechte in Anspruch, um eine längst fällige Reorganisation durchzuführen: eine Reduktion der tatsächlichen thematischen Ressorts (nun 20). Dass er dies ohne Vertragsänderung, sondern durch eine simple Änderung in der Geschäftsordnung bewerkstelligt, ist ein politischer Taschenspielertrick. Seinen Vorgängern kam das aber offensichtlich nie in den Sinn.

WIE WERDEN ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN?

Alle Mitglieder der Kollegiums (der Präsident, die Vizepräsidenten und die Kommissionsmitglieder) haben eine Stimme. Da alle Entscheidungen kollegial getroffen werden, hat jedes Kommissionsmitglied bei allen Entscheidungen ein Mitspracherecht. Tatsache ist aber auch, dass Punkte nur noch mit Zustimmung des jeweiligen Vizepräsidenten auf die Tagesordnung der Kommission gesetzt werden können. Konkret heißt das etwa, dass der Nachbarschaftskommissar Hahn für jeden Vorschlag, vorab die Zustimmung »seiner« Vizepräsidentin Mogherini braucht. Damit soll etwa das Prinzip der Kohärenz stärker zum Tragen kommen. Man wird sehen, ob dieses ambitionierte Ansinnen den Alltagstest besteht.

POLITISCHE LEITLINIEN FÜR DIE KOMMISSION

Bereits am 15. Juli 2014 hatte Jean-Claude Juncker dem Europaparlament unter dem Titel »Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel« seine »politischen Leitlinien« für seine kommende Amtszeit vorgelegt. Er nennt darin zehn politische Schlüsselbereiche, von denen sechs wirtschaftspolitischer Natur sind:

(1) Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen: Juncker will in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit ein »ehrgeiziges Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen« schnüren. Durch eine bessere Nutzung des EU-

Haushalts und der Europäischen Investitionsbank (EIB) in den nächsten drei Jahren sollen bis zu 300 Milliarden Euro an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden. Diese sollen vor allem in Infrastrukturprojekte (Breitband-, Energie- und Verkehrsnetze), Bildung, Forschung und Innovation sowie die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz fließen. Die Ende 2016 anfallende Halbzeit-Überprüfung des EU-Mehrjahresfinanzrahmens für die Jahre 2014 bis 2020 will Juncker für eine stärkere Ausrichtung des EU-Haushalts auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Bezüglich der nationalen Haushalte schreibt er getreu der Erklärung des EU-Gipfels von Ende Juni, der Stabilitätspakt müsse eingehalten werden, doch gelte es, die in ihm vorgesehene Flexibilität »so gut wie möglich zu nutzen«. Hierzu will er konkrete Leitlinien vorlegen. Ferner werden unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen eingefordert.

(2) Digitaler Binnenmarkt: Hier verspricht der designierte Kommissionspräsident für die ersten sechs Monate seiner Amtszeit »ehrgeizige gesetzgeberische Schritte« zur Verwirklichung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts. Dazu zählt er auch den Abschluss von Gesetzgebungsverfahren (Datenschutz, Telekom-Reform), die bereits im Gang sind. »Nationale Silostrukturen« in den Telekommunikations-, Urheberrechts- und Datenschutzvorschriften sowie der Verwaltung von Funkfrequenzen und der Anwendung des Wettbewerbsrechts will er aufbrechen, um die Fragmentierung des Binnenmarkts entlang nationaler Grenzen zu überwinden.

(3) Energieunion: Hier will Juncker Infrastrukturen kombinieren, die Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten stärken, die Energiequellen diversifizieren und die Abhängigkeit einiger Mitgliedstaaten reduzieren. Zugleich soll der Anteil erneuerbarer Energien erhöht und ein ehrgeiziges Energieeffizienz-Ziel für die Zeit nach 2020 formuliert werden.

(4) Binnenmarkt mit industrieller Basis: Hier soll das Potenzial des Binnenmarkts besser genutzt werden. Juncker verteidigt vehement die Personenfreizügigkeit, will aber »Sozialdumping« durch eine strenge Umsetzung der so genannten Entsenderichtlinie (inklusive flankierende Maßnahmen) verhindern. Weitere Punkte reichen von der stärkeren Integration der Kapitalmärkte bis zum Kampf gegen Steuerumgehung und -betrug. Aufgegriffen wird das Ziel, den Anteil der Industrie am Bruttoinlandprodukt von derzeit knapp 16% bis 2020 wieder auf 20% zu steigern.

(5) Wirtschafts- und Währungsunion: Juncker will die Währungsunion »vertiefen«. Stichworte sind etwa Instrumente zur Förderung von Strukturreformen, »wenn nötig durch zusätzliche Finanzanreize und eine zielgerichtete Fiskalkapazität auf Euro-Raum-Ebene« (eine Art Haushalt der Euro-Zone). Bei Hilfsprogrammen soll die bisherige Troika (EU-Kommission, EZB, IMF) »auf mittlere Sicht [...] durch eine Struktur mit stärkerer demokratischer Legitimation und Rechenschaftspflicht« ersetzt werden.

(6) Freihandelsabkommen TTIP: Die Verhandlungen über ein »vernünftiges und ausgewogenes« Freihandelsabkommens der EU mit den USA (TTIP) will Juncker abschließen, ohne europäische Standards in Bereichen wie Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder kulturelle Vielfalt zu »opfern«.

Neben diesem wirtschaftlichen Maßnahmenpaket enthalten die Leitlinien weitere vier Schwerpunkte:

(a) Ein auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte: Bekämpfung von Diskriminierung, Stärkung eines Grundrechts auf Datenschutz sowie die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus stehen hierbei auf der Agenda.

(b) Neue Migrationspolitik: Vom Prinzip der Solidarität ausgehend soll das gemeinsamen Asylrecht vollständig umgesetzt werden. Um den wachsenden Fachkräftemangel zu begegnen, sollen neue Wege des legalen Zuzugs gefunden werden. Der gemeinsame Grenzschutz soll ausgebaut und mit zusätzlichen Mitteln für »Soforteinsätze« im Norden und Süden ausgestattet werden.

(c) Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne: Rolle und Funktion der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sollen gestärkt werden. Konkret weist Juncker darauf hin, dass »wir uns nicht damit zufrieden geben können, wie unsere gemeinsame Außenpolitik bisher funktioniert.« Die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Rüstungsgütern soll – insbesondere in Zeiten leerer Kassen – intensiviert werden. Der Erweiterungsprozess wird von Juncker als historischer Erfolg anerkannt. Dennoch verspricht er für seine Amtszeit keine weiteren Neuaufnahmen.

(d) Eine Union des demokratischen Wandels: Juncker setzt auf mehr Transparenz und eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Gleichzeitig verweist er auf die

Wichtigkeit nationaler Parlamente zur Umsetzung und Vertiefung des Subsidiaritätsprinzips.

Es ist wahrlich ein beeindruckendes Arbeitsprogramm. Auf seine Umsetzung darf man gespannt sein.

FRISTGERECHTER AMTSANTRITT

Überraschend unaufgeregt konnte die neue Kommission unter Jean-Claude Juncker fristgerecht am 1. November 2014 ihr Amt antreten. Der zu erwartende Widerstand gegen einzelne Kandidaten hielt sich im erwarteten Rahmen. Wie erwartet, bekam das Europaparlament sein fast schon zur Tradition gewordenen »Menschenopfer«. Einzige Überraschung: Es traf nicht den Kandidaten aus Ungarn (Orbans Statthalter bekam die volle Unterstützung aus Konservativen und Sozialdemokraten), sondern vielmehr die Kandidatin aus Slowenien. Man kann nun wunderbar darüber streiten, ob die vorgebrachten Vorwürfe für eine Ablehnung als künftige Kommissarin ausreichen (sie hat sich als ehemalige Regierungschefin selbst auf den Dreiervorschlag Laibachs gesetzt).

Gescheitert ist sie schlussendlich wohl eher daran, dass ihre liberale Fraktion im Europaparlament zu wenig Einfluss und Macht hatte, auf »ihre« Kandidatin zu bestehen. Mit Ruhm haben sich die Europaabgeordneten jedenfalls nicht bekleckert – sie sind den Weg des geringsten Widerstandes gegangen und haben andere, durchaus umstrittene Kandidaten ohne viel Federlesen in ihr Amt gehoben. Ihre »Macht« der Ablehnung haben sie nur ganz kurz, an einer eher unbedeutenden liberalen Kandidatin aus Slowenien ausgelebt. Wahrlich keine Heldentat der europäischen Volksvertreter.

JUNCKERS WUNDERSAME GELDVERMEHRUNG: WIE MAN AUS 21 MILLIARDEN IM HANDUMDREHEN 315 MILLIARDEN MACHT

Bereits kurz nach seiner Nominierung als Kommissionspräsident hatte Jean-Claude Juncker ein beachtliches Investitionsprogramm zur Belebung der europäischen Wirtschaft angekündigt. Dieses hat er noch im November vorgelegt: Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFST) soll die generelle Zurückhaltung bei Investitionen in Europa überwinden helfen. Ab Mitte 2015 soll EFST für einen Zeitraum von drei Jahren Investitionen im Gesamtausmaß von beachtlichen 315 Milliarden Euro ermöglichen. Machbar soll das durch eine mehrfache »Hebelung« des eigentlich verfügbaren Geldes werden – ein Instrument, das üblicherweise eher von Hedgefonds verwendet wird und nicht gerade vertrauenseinflößend

ist. Um das Zauberkunststück zu vollführen sind drei Stufen notwendig.

1. Zuerst werden dem Fonds 21 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt: Fünf Milliarden von der Europäischen Investitionsbank (EIB), 16 Milliarden von der Kommission (acht Milliarden aus dem laufenden Budget – ungenutzte Reserven bzw. bisher nicht abgerufene Mittel aus anderen Investitionsprogrammen sowie weitere acht Milliarden Garantien).

2. Die so geschaffenen 21 Milliarden gehen an die EIB, die damit die Emission von Wertpapieren sowie die Vergabe von Krediten im Gesamtumfang von 63 Milliarden Euro besichert. Damit ist der ursprüngliche Betrag schon mal verdreifacht.

3. Mit diesen 63 Milliarden werden nun Investitionen in Realwirtschaft und Infrastruktur finanziert. Dabei gehen die Experten der Kommission davon aus, dass private Investoren für jeden Euro öffentlichen Geldes fünf weitere Euro zuschießen. Dieser weitere Hebel macht aus den eingesetzten 63 Milliarden Euro die angekündigten 315 Milliarden.

Ob all diese Annahmen und Erwartungen auch wirklich in Erfüllung gehen, steht in den Sternen. Kritiker wenden ein, dass derzeit einfach nicht genügend (attraktive) Investitionsprojekte existieren und das Problem nicht darin liegt, dass zu wenig Geld verfügbar wäre. Etwas ratlos schaut man auch auf die Mehrfachhebelung von bereits existierenden Kommissionsmitteln. Anders ausgedrückt: Die EU-Mitgliedstaaten waren nicht bereit, auch nur einen einzigen zusätzlichen Cent für dieses Wachstumspaket aufzuwenden. Die einzig richtige Lösung wäre natürlich die Erhöhung des EIB-Grundkapitals gewesen. Für diesen Vorschlag (im Raum standen 10–11 Milliarden Euro) fand Juncker jedoch keine Zustimmung bei den Staats- und Regierungschefs. Und so musste man wohl oder übel auf Mittel der Finanzalchemie zurückgreifen. Man wird sehen, inwieweit das neue Konzept »die EU als Risikokapitalgeber« zielführend sein kann.

KOMMISSION VERPFLICHTET SICH ZU GRÖßERER TRANSPARENZ

Die neue Europäische Kommission hat sich verpflichtet, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, mit wem sich ihre führenden Politiker und höheren Beamte treffen und einen erweiterten Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit den Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten

zu ermöglichen. Bereits in ihrem ersten Monat legt die neue Kommission damit einen neuen Ansatz für die kommenden fünf Jahre vor. Die Kommission hat sich dabei auf gemeinsame Regeln geeinigt, die für die Kommissionsmitglieder, ihre Kabinette und die Generaldirektoren der Kommissionsdienststellen gelten sollen: Ab dem 1. Dezember 2014 veröffentlicht die Kommission innerhalb von zwei Wochen vor jedem Treffen die Daten, Orte, Namen der beteiligten Einrichtungen und selbständigen Einzelpersonen sowie der Gesprächsthemen der mit ihrer Beteiligung stattfindenden bilateralen Treffen auf ihrer Website. Der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, erklärte dazu: »Damit die Menschen Europa wieder vertrauen, müssen wir ihnen mehr Einblick geben und unsere Arbeitsweise transparenter machen. Es ist genauso wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahren können, mit wem wir uns treffen und warum, wie es für die Kommission wichtig ist, einen offenen und regelmäßigen Dialog mit den Interessenträgern zu führen. Die Kommission will in Sachen Transparenz mit gutem Beispiel vorangehen.«

Die angenommenen neuen Regeln sind in zwei Kommissionsbeschlüssen niedergelegt; der erste betrifft die Kommissare und ihre Kabinettsmitglieder und der zweite die Generaldirektoren. Beide traten bereits am 1. Dezember 2014 in Kraft. 2015 soll dann ein Kommissionsvorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat folgen, mit dem ein verbindliches Lobbyisten-Register für alle drei Organe eingerichtet werden soll.

Darüber hinaus hat die Kommission eine Mitteilung von Kommissarin Malmström (Außenhandel) angenommen, in der dargelegt wird, wie die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) transparenter gestaltet werden sollen. Nach Auffassung der Kommission ist es nämlich wesentlich, die Öffentlichkeit genau und umfassend über die Absichten der EU bei den Verhandlungen zu informieren, auf ihre Bedenken einzugehen und Fehleinschätzungen zu berichtigen. »Wir wollen noch mehr Konsultationen zu TTIP durchführen«, so Malmström, »und noch transparenter werden, damit wir klarmachen können, worum es bei den Verhandlungen geht und ihnen so etwas von ihrem Geheimnis nehmen können. Auf dieser Grundlage werden wir uns weiter mit den Interessenvertretern und der Öffentlichkeit austauschen.«

Zu den Maßnahmen der Kommission für mehr Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen gehören ab nun: (a)

die Veröffentlichung von mehr Verhandlungstexten, die die Kommission den Mitgliedstaaten und dem Parlament bereits zugänglich macht; (b) Zugang zu TTIP-Texten für alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, nicht nur für einige wenige, durch Öffnung eines »Lesesaals« für diejenigen Abgeordneten, die bisher keinen Zugang zu vertraulichen Dokumenten hatten; (c) die Einstufung von weniger TTIP-Verhandlungsdokumenten als »EU restricted«; damit werden sie für Abgeordnete auch außerhalb des Lesesaals leichter zugänglich; (d) regelmäßige Veröffentlichung und Aktualisierung einer öffentlich zugänglichen Liste der TTIP-Dokumente gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat.

SCHLANKES ARBEITSPROGRAMM

Die Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2015 all die Maßnahmen aufgelistet, von denen entscheidende Impulse für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen ausgehen und somit konkrete Vorteile für die Bürger bringen sollen. Bei seiner Präsentation betonte der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: »Die Menschen erwarten von der EU, dass sie zur Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme beiträgt und sich bei den Themen, bei denen die Mitgliedstaaten besser in der Lage sind, die richtigen Antworten zu finden, weniger einmisch.« Sein Erster Vizepräsident, Frans Timmermans, gab sich dabei kämpferisch: »Wir werden reinen Tisch machen, damit wir uns auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren können. Deshalb haben wir uns jeden momentan im Gesetzgebungsverfahren anhängigen Kommissionsvorschlag angesehen und überlegt, ob wir ihn aufrechterhalten, ändern oder zurückziehen wollen. Wir wollen Ergebnisse.« Dementsprechend abgespeckt präsentiert sich auch das Arbeitsprogramm der Kommission für 2015: Lediglich 23 neue Initiativen; ferner 80 bestehende Vorschläge, die die Kommission zurückziehen oder ändern möchte. Konkret geht es bei den 23 neuen Initiativen insbesondere um Folgendes:

(1) Eine Investitionsoffensive für Europa: Folgemaßnahme zum Investitionsprogramm, mit dem in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen.

(2) Ein ambitioniertes Paket für den digitalen Binnenmarkt: Schaffung der Voraussetzungen für eine dynamische digitale Wirtschaft und Gesellschaft durch Ergänzungen im Bereich Telekommunikation, Urheberrecht, Verbraucherbestimmungen im Online- und digitalen Handel und Stärkung der Cyber-Sicherheit.

(3) Erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion: Gewährleistung der Versorgungssicherheit, für eine engere Verzahnung der nationalen Energiemärkte, zur Senkung der Energienachfrage und zur Verringerung des Kohlenstoffanteils im europäischen Energie-Mix.

(4) Ein faireres Steuerkonzept: ein Aktionsplan gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug, der auch Maßnahmen auf der EU-Ebene vorsieht, um zu einem Steuerrecht zu gelangen, bei dem Gewinne dort besteuert werden, wo die erwirtschaftet wurden, sowie einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen und eine Stabilisierung der Körperschaftssteuer- Bemessungsgrundlage.

(5) Eine europäische Migrationsagenda: Entwicklung eines neuen Konzepts für legale Migration, damit die EU für talentierte und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver wird, und bessere Steuerung der Einwanderung in die EU durch engere Zusammenarbeit mit Drittländern, Solidarität unter den Mitgliedstaaten und Bekämpfung des Menschenhandels.


(6) Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion: Förderung wirtschaftlicher Stabilität und der Attraktivität Europas als Investitionsstandort.

Im Vorfeld wurden die rund 450 gegenwärtig bei Rat und Parlament zur Verabschiedung anstehenden Vorschläge geprüft. Im Ergebnis schlägt die Kommission vor, beachtliche 80 Vorschläge zurückzuziehen oder zu ändern. In einigen Fällen wird das mit den veränderten Prioritäten begründet, bei der Mehrzahl ist man jedoch der Ansicht, dass die bisherigen Verhandlungen festgefahren sind oder die Vorschläge im Verlauf der Beratungen so verwässert wurden, dass sie ihr ursprüngliches Ziel nicht mehr gerecht werden. In diesen Fällen wird die Kommission neue, bessere Maßnahmen zur Verwirklichung der angestrebten Ziele vorschlagen. Kritiker haben nach einer ersten Durchsicht bemängelt, dass es sich bei diesen Rücknahmen überdurchschnittlich oft um Umwelt-, Verbraucherschutz- oder Arbeitsschutzmaßnahmen handelt und sehen dadurch ihre Kritik an einer »neoliberalen Ausrichtung« der neuen Kommission bestätigt.

Es muss jedoch fairerweise auch festgehalten werden, dass es gerade bei diesen Themen eben oftmals zu teilweise langjährigen Blockaden gerade durch die Mitgliedstaaten gekommen ist. Der Erste Vizepräsident Timmermans sah sich jedenfalls zu einem Statement veranlasst: »Wir wollen Ergebnisse sehen. Diese Kommission ist sich einig, dass Europa Flagge zeigen muss, auch bei Umwelt- und Sozialstandards. Allerdings sollten die EU-Organen keine Zeit und Energie auf Vor-

schläge verschwenden, die keine Aussicht auf Verabschiedung haben. Auf diese Weise kämen wir den angestrebten Ergebnisse vor Ort nicht näher. Deshalb werden wir in solchen Fällen nach anderen, wirkungsvolleren Wegen suchen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.« Zumindest eine große politische Ansage.

Ein weiteres Anliegen der neuen Kommission ist das Thema »besserer Rechtsetzung«. Unter der Überschrift »Bürokratieabbau und Beschneidung des Regulierungsdickichts« steht dabei das Programm zur Eignungsprüfung bestehender EU-Vorschriften (REFIT-Programm), mit dem Bürokratie abgebaut und Verwaltungsaufwand gesenkt werden soll, um die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern. Dazu gehören insbesondere Vereinfachungsmaßnahmen beispielsweise auf dem Gebiet der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Insgesamt handelt es sich um ein durchaus bemerkenswertes Arbeitsprogramm für das erste Jahr der Juncker-Kommission. Von vielen so jedenfalls nicht erwartet. Man wird sehen, welche (konkreten) Taten auf diese Worte folgen. 

STEFAN BRODZA

ist Experte für Europarecht und internationale Angelegenheiten.

Er lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM



PLAKAT: »ALLGEMEINE AUSSTELLUNG DER POLNISCHEN KUNST IN LEMBERG«, 1894

© Nationalmuseum Krakau

Przemyśl.
Plac na Bramie. — Am Thor.



POSTKARTE: »PRZEMYSL AM THOR«, 1905
© Sammlung Martin Pollack

MYTHOS GALIZIEN

WIEN MUSEUM



Lieber Bräuer! - Sprachliche Quantifikation
zum ersten Roman der Sprache mit stempulgen
Grafen von und allen.
Die besten Gedanken aufeinander
Nal. H. M. Dukaczynski i Brat w Przemyslu. - 1905.
L. H. M. Dukaczynski.

Feminismus, Entpolitisierung & Geld



Laurie Penny
UNSAGBARE DINGE

Laurie Penny zerlegt den modernen Feminismus und die Klassenpolitik, wenn sie von ihren eigenen Erfahrungen als Journalistin, Aktivistin und in der Subkultur berichtet. Es ist ein Buch über Armut und Vorurteile, Online-Dating und Essstörungen, Straßenkämpfe und Fernsehlägen. Laurie Penny spricht für einen Feminismus, dem es um Gerechtigkeit und Gleichheit geht, aber auch um Freiheit für alle.

EDITION NAUTILUS, 288 Seiten, 17,40 Euro



Jane Gleeson-White
SOLL UND HABEN

Unsere Welt wird beherrscht von Zahlen, erzeugt in den Buchführungskonten von Nationen und Konzernen. Diese Zahlen bestimmen das Handeln unserer Regierungen und Volkswirtschaften. Aber wo kommen sie her – und wie konnten sie so mächtig werden? Erst die doppelte Buchführung ermöglichte die wirtschaftlich-kulturelle Blüte der Renaissance und begründete zugleich den Kapitalismus unserer Tage.

KLETT-COTTA, 366 Seiten, 25,70 Euro



Jacques de Saint Victor
DIE ANTIPOLITISCHEN

Saint Victor stellt die Forderung nach einer direkten Demokratie mittels der Errungenschaften des Web 2.0 auf den Prüfstand und zeigt, dass es sich bei dem Phänomen einer fortschrittlich auftretenden Antipolitik um eine Entpolitisierung handelt, die neue Unterdrückungsformen ermöglicht und fördert. Ist es nur ein kleiner Schritt von der direkten Demokratie zur direkten Demagogie?

HAMBURGER EDITION, 111 Seiten, 12,30 Euro



Christoph Türcke
MEHR!

Im Geld steht die Welt Kopf. Der Autor geht den archaischen Ursprüngen des Geldes nach und entwickelt eine historisch-philosophische Genealogie, die von den sakralen Anfängen bis in die Gegenwart reicht. Er stellt das kapitalistische Geldsystem ebenso auf den Prüfstand wie seine sozialistischen Überwindungsversuche und die Hoffnungen auf einen geldlosen Zustand.

C. H. BECK, 480 Seiten, 30,80 Euro



Charles King
MITTERNACHT IN PERA PALACE

Das Buch erzählt die Geschichte des Aufbruchs Istanbuls in die Moderne zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Schauplatz ist das elegante Hotel Pera Palace, dessen Gäste Geschichte schrieben. Von Agatha Christie über Atatürk und Trotzki bis zu Geheimagenten aller Länder checkte ein, wer den Lauf der Welt veränderte. Es entsteht ein stimmungsvolles Porträt Istanbuls und eine Kulturgeschichte der Türkei.

PROPYLÄEN, 544 Seiten, 28,80 Euro



Jürgen Werner
TAGESRATIONEN

Worin liegt der Zauber von Wendungen, die eigentlich Kurzgeschichten sind: erste Liebe, roter Teppich oder in flagranti? Warum finden sich in unserer Rede feste Paare: Denken und Sprechen, Frauen und Männer, Himmel und Erde? Oft sind es geschenkte Wörter, die den Autor regelmäßig in Reflexionen gelockt haben, sie entstammen den Wegen und Umwegen des Nachsinnens, Anstoßen von außen, Gelegenheitsfunden.

TERTIUM DATUR, 276 Seiten, 22,60 Euro

Häuser, Städte & Kriege



Bernhard Strobel
EIN DÜNNER FADEN

Die Menschen in den Geschichten Strobels sind entsetzlich genervt. Die lethargischen, schweisgsamen (oder sprechfaulen?) Helden dieser Texte leben fast ausschließlich in ihren kleinen Häusern, nicht in der Stadt, nicht am Land, sondern in der Region dazwischen; es gibt den kleinen oder größeren Garten, es gibt die obligatorische Garage, es gibt Nachbarn und es gibt Kinder.

DROSCHL, 152 Seiten, 19 Euro



Valerie Fritsch
WINTERS GARTEN

»Winters Garten«, das ist der Sehnsuchtsort, an den der Vogelzüchter Anton mit seiner Frau Frederike nach Jahren in der Stadt zurückkehrt, als alles in Bewegung gerät und sich wandelt: die Häuser und Straßenzüge verfallen, die wilden Tiere in die Vorgärten und Hinterhöfe eindringen und der Schlaf der Menschen schwer ist von Träumen, in denen das Leben, wie sie es bisher kannten, aufhört zu existieren.

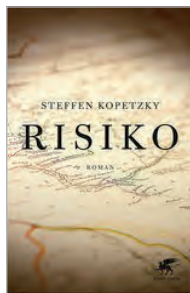
SUHRKAMP, 154 Seiten, 17,50 Euro



Kevin Barry
DUNKLE STADT BOHANE

Die einst bedeutende Stadt Bohane an der irischen Westküste liegt im Jahr 2053 darnieder. Es gibt nur wenig Gesetze, Technik ist auf ein Mindestmaß reduziert, es herrschen Gewalt und Chaos, die Clans sind gespalten. Auch wenn noch ein wenig vom alten Glanz geblieben ist, findet das eigentliche Leben in den Slums und verwahrlosten Wohnblocks von Smoketown statt. Aber es liegt Ärger in der Luft.

TROPEN, 304 Seiten, 20,50 Euro



Steffen Kopetzky
RISIKO

Der junge Marinefunker Sebastian Stichnote liegt mit seinem Schiff vor der Küste Albanien. Aus der Enge der Gießerei seiner Brüder hat ihn das Fernweh hinaus auf See und zur Funktechnik gezogen. Diese gibt ihm das Gefühl, mit dem ganzen Kosmos in Kontakt zu stehen. Als der Erste Weltkrieg beginnt, muss die unterlegene deutsche Flotte durchs Mittelmeer nach Konstantinopel fliehen.

KLETT-COTTA, 731 Seiten, 25,70 Euro



Jan Brokken
DIE VERGELTUNG

Im von der Wehrmacht besetzten niederländischen Dorf Rhoon findet ein deutscher Soldat am 10. Oktober 1944 den Tod. Die folgende Vergeltungsmaßnahme ist entsetzlich: Sieben Männer aus dem Dorf werden hingerichtet, ihre Frauen und Kinder vertrieben, ihre Häuser in Brand gesteckt. Warum dieser Anschlag auf den Soldaten? Oder war es doch »nur« ein Unfall?

KIEPENHEUER UND WITSCH, 400 Seiten, 20,60 Euro



Heinz Rein
FINALE BERLIN

Dieser Berlin- und Antikriegsroman erschien vor 70 Jahren, wurde vergessen und jetzt zu Recht wieder herausgebracht. Die letzten Tage der Reichshauptstadt Berlin: Inmitten des Chaos sucht ein junger Soldat verzweifelt ein Versteck. Ein Arzt hilft Untergetauchten, in der Illegalität zu überleben. Und eine Kneipe ist der konspirative Treffpunkt einer kleinen Widerstandsgruppe, der die SS auf der Spur ist.

SCHÖFFLING UND CO, 760 Seiten, 25,70 Euro

Budgetziel erreicht, auf die Bekämpfung der Rekordarbeitslosigkeit vergessen

Österreich hat das von der Europäischen Union vorgegebene mittelfristige Haushaltsziel bereits 2014 annähernd erreicht und das bereits ein Jahr früher als gefordert: Das strukturelle, um Konjunkturlinienflüsse und Einmalmaßnahmen bereinigte, Defizit lag auf Basis der Berechnungsmethoden der Europäischen Kommission nahe 0,45 Prozent des BIP.

Wie schon in den Vorjahren fiel das Budgetdefizit des Gesamtstaates auch 2014 deutlich niedriger aus als veranschlagt. Es betrug 7,9 Milliarden Euro, das sind 2,4 Prozent des BIP. Mehr als die Hälfte des Defizits, nämlich 4,5 Milliarden entfiel auf Belastungen durch die Hypo-Abwicklungsgesellschaft HETA. Damit erreichen die Bankkosten für den Staatshaushalt einen neuen Höhepunkt. Seit 2009 haben sie im Durchschnitt ein halbes Prozent des BIP pro Jahr betragen. Ohne die Bankkosten lag das Defizit 2014 nur bei 3,4 Milliarden Euro, also einem Prozent des BIP.

Das ist angesichts der sehr schlechten Konjunkturlage und der Rekordarbeitslosigkeit ein sehr niedriger Wert, in rein ökonomischer Betrachtung sogar ein deutlich zu niedriger. Unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten wäre ein größeres Augenmerk auf das Beschäftigungsziel gegenüber dem Budgetziel angebracht.

Doch so wird in Europas Wirtschaftspolitik nicht gespielt. Dort genießen Budgetkürzungsziele einseitige Priorität gegenüber allen anderen Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Diese problematische Ausrichtung der europäischen Politik wird leider auch von der österreichischen Bundesregierung unterstützt. Sie gehört in der Euro-Gruppe zu den Scharfmachern gegenüber allen Defizitsündern, von Griechenland bis zu Frankreich. Die hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten der europäischen Austeritätspolitik werden in Massenaar-

beitslosigkeit, Armut und schlechter Wirtschaftslage sichtbar. Und die Staatsschulden sind trotz oder vielmehr wegen der gescheiterten Sparpolitik weiter gestiegen.

In Österreich ist die Budgetsituation ist deutlich günstiger als meist dargestellt. Noch im Dezember 2014, als das Jahr schon weitgehend gelaufen war, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) ein gesamtstaatliches Defizit von drei Prozent des BIP erwartet, um gut zwei Milliarden Euro zu viel. Der Präsident des Fiskalrates Bernhard Felderer sah sogar noch im März 2015 die Einhaltung der Fiskalregeln durch Österreich als gefährdet an. Die übertrieben negative Darstellung des Staatsbudgets hat meist ideologische Ziele, weil man damit Druck in Richtung weiterer Kürzungen im Sozialstaat erzeugen will.

Österreich befindet sich insgesamt auf gutem Weg, den zu hohen Schuldenstand – ein Erbe der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise – zu verringern. Gefahr droht nur von neuen bösen Überraschungen im Bankensektor.

Während die Budgetsituation relativ günstig ist, erreicht die Arbeitslosigkeit Rekordniveau. Die Zahl der Arbeitslosen liegt um 150.000 über dem Niveau vor Beginn der Finanzkrise 2008. Deshalb sind Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und Senkung der Arbeitslosigkeit wirtschaftlich überfällig und finanziell auch leistbar. Ab 2016 werden die konsumfördernden Effekte der Entlastung der Arbeits-einkommen durch die Steuerreform helfen; kurzfristig sind zusätzliche Anstrengungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig. 🍷

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

U4: Eigeninserat